

...enden Offiziere, der Oberst des Regiments an der Spitze, und verkleidet demonstrierend im Saal.

Jeder Redner, ob Late oder Prediger, wird in Zukunft sich erst umsehen müssen, ob unter seinen Zuhörern sich Offiziere befinden und sich danach einrichten. Er weiß aber andererseits auch, wie er sie am schnellsten hinausbringt, wenn sie ihm lästig sind.

Ausnahmegesetze für Staatsarbeiter.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ machen wieder einmal Stimmung für Ausnahmegesetze gegen Arbeiter. Diesmal handelt es sich um ein Ausnahmegesetz für alle diejenigen Arbeiter, die mit der Herstellung von Kriegsbedarf beschäftigt werden. Den Anlaß zu dem neuen Vorstoß hat den „Berliner Neuesten Nachrichten“ die Beendigung des Streiks auf der Schiffsanwerft in Danzig gegeben. Anknüpfend an die Mittelung von der Streikbeendigung schreibt das halb offiziöse Scharfmacherblatt:

Der Streik war zwecklos, aber geschädigt hat er nicht nur die Arbeiter selbst und die von ihnen abhängigen Geschäftskreise, sondern vor allem auch die Wehrkraft des Reiches. Bei Schiffsbau sind zwei Umlinien — „Oldenburg“ und „Erfolg“ — im Bau, deren Fertigstellung durch den mehrmonatlichen Ausfall selbstverständlich eine entsprechende Verzögerung erfährt. Was das unter Umständen auf sich haben kann, zeigt uns die augenblickliche Lage klar genug. Ein Dreadnought mehr oder weniger bedeutet einen so wesentlichen Unterschied in unseren Geschichtskräften zur See, daß davon je nachdem die Erhaltung des Friedens oder der Erfolg im Kampfe abhängen kann. Das sind aber Dinge, die unmöglich in die Hände der Arbeiterchaft einer Werft gestellt bleiben dürfen. Wir erneuern deshalb die schon vor Jahresfrist von uns erhobene Forderung, daß Arbeiter, die mit der Herstellung von Kriegsbedarf beschäftigt werden, das Streikrecht grundsätzlich nicht zuerkannt werde. Es handelt sich ja nicht bloß um die Wehrkraft, sondern vor allem auch um die Militärwertigkeiten, Gewerkschaften usw. Gerade zu einer Zeit, in der die Sozialdemokratie die Lösung ausübt, durch alle Mittel, beinahe ausschließlich durch den Generalstreik einen Krieg zu verhindern, haben wir besonderen Anlaß, derartige Gefahren ins Auge zu fassen und ihnen mit entschlossener Tat zu begegnen.

Etwas Neues wäre die Verletzung des Streikrechts bei bestimmten Arbeitergruppen keineswegs. Unsere Landarbeiter besitzen es bekanntermaßen nicht und haben es nie befehlen. Der Gesetzgeber hat sich eben gesagt, daß die Werte, die durch einen Landarbeiterstreik gefährdet werden, nicht auf Spiel gesetzt werden dürfen, weil an ihnen höhere Interessen des Gemeinwohls hängen. Als man dann vor fast einem halben Jahrhundert den gewerblichen Arbeitern das schrankenlose Streikrecht zubilligte, geschah es wohl in Verkennung der Möglichkeiten der kommenden Entwicklung. Man überließ noch nicht, daß solche höhere Interessen auch durch ihr Streikrecht gefährdet werden könnten. Inzwischen haben wir Erfahrungen gesammelt, die es dringlich erscheinen lassen, den Fehler der damaligen Gesetzgebung wieder gut zu machen. Wir denken dabei nicht bloß an den Schutz unserer militärischen Interessen, sondern auch an die Abwendung von Gefahren, wie sie bei dem Streik der französischen Eisenbahner und bei der letzten englischen Auslandsbewegung zutage getreten sind. Als Mindestmaß dessen, was zu fordern ist, erscheint es uns, daß jedenfalls das Leben und die Gesundheit unbeteiligter Dritter nicht durch die Ausschreitungen des Klassenkampfes Schaden leiden dürfen. Es ist — dünkt uns — schon unbillig genug, daß solche Unbeteiligten in zahlreichen Fällen auf diese Weise schweren wirtschaftlichen Schädigungen ausgesetzt sind.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ sehen ein, daß die Sozialdemokratie gegen dieses Attentat auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiter Front machen werde; das Blatt sagt selbst, die Sozialdemokratie werde selbstverständlich ein „Wutgeschrei“ gegen die Forderungen erheben. Bis zur Wut wird sich freilich die Sozialdemokratie gegen diese schärfermachenden Ausfälle nicht mehr erregen. Aber es ist selbstverständlich, daß sich die Arbeiterschaft mit allen Mitteln gegen jede Anebelung wehrt und eine Anebelung bleibt es trotz aller Abrufen vom Allgemeinwohl, das höher steht als das Klasseninteresse. Mit solchen Redensarten kann man die Arbeiter nicht um ihre Rechte betrügen, der Streik ist ein Notwehrmittel und entspringt keiner Laune der Arbeiterschaft; auf den Streik, auf die freie Verfügung über ihre Arbeits-

kraft, werden die Arbeiter nie verzichten. Selbst dann nicht, wenn etwa, was nicht einmal im Willen der „Berliner Neuesten Nachrichten“ liegt, als Voraussetzung einer Verkümmern des Streikrechts eine bessere und gesicherte Position den Arbeitern als Äquivalent gewährt werden sollte. Wenn die „Berliner Neuesten Nachrichten“ an den „Gesetzgeber“ appellieren, der sorgen soll, daß sich das Klasseninteresse nicht in den Vordergrund drängt, so können sie versichert sein, daß die Arbeiterschaft irgendwelche Ausnahmegesetze gegen sie im Notfall auch mit der Anwendung des Streikrechts abzuwehren verlegen wird.

Vorbereitungsmassregeln gegen Landesverrat.

Die Reden, die von den Genossen Däumig in Berlin und Karl Liebknecht in Karlsruhe zur Marokkofrage gehalten worden sind, haben nach der „Militärpolitischen Korrespondenz“ die amtlichen maßgebenden Stellen in Ermägungen darüber einzuwirken lassen, ob der Schutz der bestehenden Gesetze bei derartigen unerblühten Aufforderungen zum Landesverrat wohl ausreicht.

Die Prüfung dieser Frage scheint ergeben zu sollen, daß neue legislative Vorbereitungsmassregeln dem Reichstags bald zur Beschlußfassung vorgelegt werden dürften. Eine derartige Gesetzesnovelle wird bestimmt, hohe Freiheitsstrafen gegen Vaganten vom Däumig'schen und Liebknecht'schen Schlage vorzulegen müssen, ohne deshalb jedoch in irgend einer Weise den Charakter eines Ausnahmegesetzes zu erhalten. Die Strafandrohungen werden selbstverständlich allein auf die Friedenszeit beschränkt bleiben. Nach Ausbruch eines Krieges würden die militärischen Vorgesetzten standrechtlich mit Verführern wie Verführten allerhöchsten Prozes machen.

Diese Meldung entzieht sich der Nachprüfung auf ihre Richtigkeit, umso mehr, als gerade der „Militärpolitischen Korrespondenz“ erst vor einiger Zeit attestiert worden ist, daß ihr an amtlicher Stelle keinerlei Auskunft erteilt wird. Immerhin ist aber die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß Maßnahmen der erwähnten Art in gewissen Kreisen lebhaft erörtert werden.

Die „Kreuzzeitung“ beschäftigte sich am Sonntag in einem langen Artikel mit der Haltung der Sozialdemokratie zu einem eventuellen Krieg und kommt zu dem Schluss: man gewinnt den Eindruck, daß die geheime Kriegsorganisation der Sozialdemokratie sich alle Mühe gibt, jeden einzelnen Mann genau zu unterweisen, was er auf ein gegebenes Zeichen zu tun hat, mit anderen Worten, daß ein vollkommen ausgearbeiteter sozialdemokratischer Mobilisationsplan besteht. Die „Kreuzzeitung“ ist doch immer gut informiert!

Wohnungsgröße und Wohnungsmieten.

Die praktische Erfahrung hat der Arbeiterschaft längst gelehrt, daß die kleinsten Wohnungen die teuersten sind. Einzelne reichsdeutsche Städte haben nun Erhebungen gepflogen, die beweisen, daß die ärmsten Leute die höchste Miete zahlen. So kostete in Schöneberg bei Berlin Ende 1910 bei

75-100	ebm Rauminhalt die Miete für den ebm	3,36 Ml.
100-125	„	3,35
125-150	„	2,95
150-175	„	2,58
175-200	„	2,52
über 200	„	2,48

In Lagsburg kostete 1904 ein Kubikmeter in einer Einzimmerwohnung 2,57 Ml., in einer Zweizimmerwohnung 2,35 Ml., in einer Dreizimmerwohnung 2,24 Ml. und in einer Wohnung von mehr als 10 Zimmern gar nur 1,56 Mark.

Deshalb ist auch der Prozenttag, den eine Arbeiterfamilie für ihre Wohnung von ihrem Einkommen weggibt, viel größer, als der Prozenttag der reicheren Leute. In Hamburg gab eine Familie mit einem Einkommen von 900 bis 1200 Ml. 1901 24,7 Prozent von ihrem Einkommen

an Wohnungsmiete aus. Eine Familie, deren Jahreseinkommen mehr als 6000 Ml. betrug, aber nur 8 Prozent. Dabei ist der Prozenttag bei den unbedeutendsten Familien gestiegen und bei den qualifizierten gefallen. 1868 gab eine Familie mit einem Jahreseinkommen von mehr als 6000 Ml. noch 3,7 Prozent für die Miete aus, 1901 nur 3 Prozent. Hingegen hat eine Familie mit einem Jahreseinkommen von 900—1200 Ml. 1868 19,8 Prozent, 1891 24,1 und 1901 24,7 Prozent für Miete ausgegeben.

Rechnet man noch dazu, daß die großen Wohnungen ja viel besser eingerichtet sind und viel mehr an Herstellungskosten erfordern, als die kleinen Wohnungen, die weder Gas noch Zentralheizung, noch sonst irgend einen Komfort aufweisen, so sieht man wieder, wie auch bei der Wohnungsmiete, wie bei allen Steuern und Abgaben, die kleineren und ärmeren Familien am schlechtesten daran sind. Sie sind überall die Ausgebeuteten und Elendesten.

Gute Besserung für den Kaiser. Die „Post“ sagt zu der Rede, die der Kaiser in Aitona gehalten hat:

Nicht nach seinen Worten wird der Kaiser beurteilt werden, nur nach seinen Taten und Entschlüssen. Das aber ist der Wunsch des ganzen deutschen Volkes, daß der Geist der Königin Luise, die der Kaiser auch in dieser Rede vor allen Hohenzollern-Frauen gerühmt hat, ihn umwehen möge. Möge die Tapferkeit, das Nationalbewußtsein und die hohe Auffassung preussischer Ehre, die jene Frau leidenschaftlich bewegte, auch unsern Kaiser durchströmen, für den Fall, daß es in den nächsten Tagen ernst werden sollte.

In versteckter Form werden hier dem Kaiser wieder dieselben Vorwürfe gemacht, die die „Post“ schon am 4. August in unsfälliger Weise erhoben hat. Vielleicht war der Chefredakteur wieder in Fiebern und irgend ein junger, unverantwortlicher Mann hat diesen neuesten Artikel geschrieben.

Der Kampf gegen die Eisenbahner. Die Generaldirektion der Reichseisenbahnen hat am Donnerstag zwei neue Maßregelungen von Mitgliefern des elsass-lothringischen Eisenbahnerverbandes vorgenommen. Entlassen sind die Schöffler Wendling und der Maler Marschang wegen Artikel, die sie im Verbandsorgan im Anschluß an die letzten Maßregelungen veröffentlicht haben. Wie jetzt bekannt wird, hat bei den vorhergegangenen Maßregelungen in Mülhausen ein Mitglied des Verbandes zu den Gemahregelungen erklärt, wenn noch das geringste vorkomme, so wird der Verein aufgelöst, es liege ein ausbrüchlicher Befehl des Ministers vor. Das Vorgehen der beiden neuerdings gemahregelten Arbeiter der Bischheimer Werksstätten wird darin erblickt, daß sie in der Augustnummer des Verbandsorgans nach den vorhergehenden Maßregelungen die Kollegen aufgefordert haben, sich zusammenschließen und zusammengehalten, um ein derartiges Vorgehen der Direktion für die Zukunft unmöglich zu machen. Die gemahregelten Kollegen seien im Kampfe um das Recht auf der Strecke geblieben. Die Arbeiter Wendling und Marschang sind einzeln in einem dreieinhalbständigen Verhör vernommen worden, in dem ihnen ausführliche Fragen über die Stärke und die Ausdehnung des Verbandes, über die Kassembände, die Wohnkasseneinrichtungen usw. vorgelegt wurden. Nach Beendigung des Verhörs wurden die beiden getrennt entlassen, jedoch sie sich untereinander nicht verständigen konnten. Im Anschluß an das Verhör ist nunmehr auch anderen Arbeitern bereits mit der Kündigung gedroht worden. Diese neuen Maßregelungen werden im Zusammenhang gebracht mit den Entlassen des preussischen Verkehrsministers und dem Vorgehen des bayerischen Verkehrsministers gegen die freien Eisenbahner-Organisationen.

Das Vertrauensvotum für den Abg. Eichhoff beschäftigt noch immer die Öffentlichkeit und der am meisten angegriffene Professor Schloßmann-Düsseldorf stellt nunmehr fest, daß das Vertrauensvotum für Eichhoff in einer Versammlung gefaßt wurde, die von acht Personen besucht war. Unter den Teilnehmern einer andern Versammlung, welche erklärt haben, daß sie den Abg. Eichhoff über 30 Jahre als einen aufrichtigen, praktischen und erfolgreichen Bekkmann kennen, waren nach den Angaben des Herrn Professor Schloßmann eine ganze Anzahl, die noch nicht einmal 30 Jahre alt sind und demnach schon ehe sie noch geboren waren, mit Wohlbehagen die Tätigkeit des Abg. Eichhoff hätten beobachten müssen. — Ueber den Wert von Vertrauensvoten, die auf solche Art zustande kommen, braucht man kein Wort zu verlieren.

Die Landtagswahl für Genossen Borgmann. Im 6. Berliner Landtagswahlbezirk ist die Abgeordnetentagswahl für den verstorbenen Abg. Borgmann auf Dienstag, den 21. November, festgesetzt worden. Die Wahlmännererziehung finden Dienstag, 17. Oktober, statt.

„... heiter die Kunst!“

Eine Abhandlung von E. C. C. C.

7) (Kochend verboten)
Habe Mama nunmehr langsam ihre Rolle herunder. Die Rolle des Todes und des Lebens. Die verbotenen Dinge hoch ihre Stimme legt, ausstreichend von dem freibewegenden Geruch der Kaffeemühle.
Ja ja. Es dauert manchmal lange, das hübsche Kaffeegeschmack. Die kleine kleine Flamme leuchtet nur noch so hin und wieder am Rand des Brenners. Das Wasser im Kessel wird immer noch nicht kochen und Mama läßt die letzten letzten Krämpfe in der Hand: den gemahlten Kaffee und die Dampf-Röhre.
Jetzt sagst du wieder.
Der Spiritus geht zu Ende. Ich muß neuen kaufen. Das Wasser darf nicht wieder kalt werden. Auch das Wasser meines Lebens, Herbert, darf nicht wieder erkalten oder im Quell versiegen. Das geschieht aber ungewisslich, wenn Du Deine Tage nicht veränderst. Wo habe ich nur die Spirituslampe hingepackt?
Auf einmal bricht Mama in ein kleines schlüssiges Lachen aus und bricht dann, während sie sich nach einer Ecke bückt, hastig zurück um die Spirituslampe zu fassen.
Du bist mir, Herbert, welchen Einfall ich doch habe, heute Du bei mir einzutreten. Wir war ja, als wärest Du wieder drinnen in Deiner liebsten Stube und lägest mit Deiner Frau in — Scheidung.
„Habe“, lachst du nachdenklich und hohe bapptischen das eben gehörte Wort „Scheidung“? — Nein, ganz gewiss nicht. Ich hab' bei dem gewöhnlichen unterdrückten höhnischen Bismarck'schen Kopf sich in dem Gedächtnis.
Ich bezweifle jetzt alles. Habe es schon begriffen, bevor Mama das dröhnige Wort „Scheidung“ anspricht. Das also ist die richtige Mittelung, zu deren Entgegenwärtigen man mich eingeladen hat.
Sehr gut. Dein Gedächtnis schlägt mich, schlägt mein Geheimnis. Herbert, das Wort ist nicht dasjenige.
Ich, Herbert. Die William seiner zukünftigen Frau. Der Vater mit den schlagenden Wort „Scheidung“. Mama, Mama, Deine kleine Cousinchen hat sich eine große Aufgabe gestellt. Eine Aufgabe, die wert ist, gelöst oder verstanden zu werden.
Aber wir werden die Aufgabe und nicht im letzten Augenblick lösen oder umgehen. Weiter gelacht und wieder den Kopf des Lebens die letzten Stunden einer unermesslichen

Gefühlswelt ausstoben sehen. Die Frau hier am Tisch gibt sich mit betenden Gebete weiter aus:
„Nicht wahr, Herbert, es ist möglich, was einer einfallen oben ihren manchmal so über die Leber laufen kann. Und nicht um dieses. Ihre heiter. Du nimmst Dich in Richard's Platte verliert, gleich mit ihr aus, blickst sie auch zuweilen in der Ferne, in der sie wohnt und —
„Und, Mama?“ frage ich, noch immer unter Lachen, wenn auch gewöhnlich und gewöhnlich, da Mama eine Pause macht und mit der Handlung zögert.
„Ich, Herbert, jetzt Mama die Schilderung ihres ganzblauen „Scheidung“ ist, während sie sich über den Tisch neigt und die gewöhnliche Spirituslampe dem erlöschenden Brenner nähert — lachst sie mir aus, es ist ja bloß eine dumme Fiktion gewesen. So — also. Du wirst immer bei Gelegenheit einen kleinen — Scheidung mit ihr und lächelst Dich dabei von irgend jemand übersehen. Du begreifst, ein einmündiger Junge macht Dich von Deiner überlieferten Welt los und läßt sich — ad —
Ja, aber Augenblicke jähling aus dem Scheidung erlöschenden Brenner eine kleine kleine Flamme auf und verliert sich in den Haile der gemahlten Spirituslampe.
Ich habe das alles, und das folgende hochherzig, obwohl ich mich selbst letzte Worte aus meinem Leben gerissen und sie gelassen auf dem Sofa liegen gelassen werde.
Mama lächelt den Kopf bester zu haben. Sie gießt immer mehr Spiritus in den kleinen Brenner, wahrscheinlich unter der ungewöhnlichen Dränge, die Mama vor dem Erlöschenden zu bewahren. Der Spiritus leuchtet natürlich über den Rand des Brenners und auf das Tischglas. Das Tischglas hängt an zu kommen.
Mama läßt jetzt die Lampe erlöschend fallen und bedeckt mit beiden Händen den neuen Feuerherd. Einwärts und nachdenklich trachtet sie seine Kette. Jähling läßt die brennende Flüssigkeit auf die Tischplatte, fällt Mama's Kette, bringt auf Mama's Entschlossenheit am Hofe über und auf einmal dreant ihr ganzer Körper.
„Herbert, jetzt Mama gelassen. Gute Herbert. Ich verbeugte.“ Jetzt endlich kommt Leben in meinen Organismus. Rausch erbebt ich mich von Sofa und nähert mich Mama's da ein Knall, ein Knallen vom Sofa her. Der neue Tisch her, abwärts, der brennende Spiritus hat den Rest aus der Kanne herausgeschleudert und entzündet.
Mama steht unten und eben in Flammen. Jetzt leuchtet meine Energie wieder. Rausch reißt ich die Decke von Mama's Kopf, werfe sie über die brennende Gestalt und fache nach Rückhalten die Flamme zu erlöschen.
Mama geht nach hinten und läßt alles tollendes über sich ergehen. Ich habe aber ein das nur nach Mutter Mama und

die Stube, vielleicht auch mich retten können und auf einen Moment lasse ich die eingewickelte räkelnde Gestalt los. Rausch erbebt ich nach der Küche nebenan, ergreife das erste beste große Gefäß, fülle es mit Leitungswasser und renne zurück in Mama's Stube.
Ein Guß, etliche weitere über den Tisch und Mama, dann sofort wieder ungeleitet und neues Wasser geholt.
Die Stube schwimmt, der Tisch und die Frau trafen — aber die letzten Flammen erheben im mächtigen Raß.
Rehnam löst ich Mama aus der nassen, geschwärtzten und rauchenden Bettdecke und führe die Mantelende nach einem Stuhl.
Der Saum des Kleides schneidet noch und es bedarf noch einer Kanne Wasser um Mama völlig kammertreu zu bekommen.
Großer Vergelter. Wie sieht sie aus. Der Hals schwarz. Das rechte Arm bis zum Obere ebenfalls schwarz. Augenbrauen und Haare völlig verlohrt. Die Unterarme bis zum Ellenbogen verlohrt. Die Haut ganz ab.
Und jetzt bemerke ich auch die Füße von Mama. Die Schuhe und Strümpfe, die unter Raßhülle verfangt und vermullich die unteren Extremitäten auch in Willebenschaf gezogen. Mit Mühe schleppe ich Mama auf das Sofa, das ich so eben verlassen und mit schmerzhaftem Stöhnen fällt Mama darauf hin.
Die Augen hat sie geschlossen. Rausch öffne ich das Fenster um frische Luft einzulassen. Der Brandgeruch ist fast unentraglich.
Gräßlich und kurzdar wird die verbrannte räkelnde Frau. Soll ich Hilfe holen? Mama hatte niemals ein räkelndes Dienstmädchen, sondern immer nur eine Bedienung. Ein Arzt wäre nötiger.
Ich bin im Begriff fortzueilen, da öffnet Mama die Augen, sieht auf mich und öffnet ein wenig die Lippen. Aber nur ein gequälter Ton entringt sich ihrer Brust und jetzt lebe ich auf einmal, daß Mama's Taille born einen großen verbrannten Fleck zeigt. Sollte ihre Brust auch verlohrt sein?
Ein Glas Wasser wird ihr gut tun, denke ich und schon lege ich es Mama an den Mund. Stierig schmeckt der Hals das erlöschende Raß, einzelne Worte werden jetzt hörbar. Mama spricht heiter, abgebrochen.
„Herbert — dort — Scheidung — für Dich — Herbert —“
Was will Mama mit den Worten? Später werde ich das über nachdenken. Jetzt heißt es endlich einen Arzt herbeizuholen. Auch die Plumpchen hat benachrichtigt, eine alte Bekannte von Mama's.
So geschieht es auch. Während die erschrockene Nachbarin, eine würdige Zimmervermieterin, Mama bereitwillig beistehen leitet, erbe ich hinunter auf die Straße bis zum nächsten Postamt laufe, auf dem ein Arztname steht. (Fortsetzung folgt.)

Marokko-Nachrichten. Der große Kummel, mit dem eine Anzahl patriotische Vereinigungen in Berlin ihre Stellung zur Marokkofrage zum Ausdruck bringen wollen, ist auf Mittwoch angelegt. Die Veranstalter des Vereinigens haben hierzu die Neue Bülharmonte gemietet, die just in diesen Tagen verachtet ist. Das ist eigentlich schon ein böses Omen. Von bekannten Parlamentariern, die als Redner angeben waren, haben so ziemlich alle abgelaßt. Als „Größen“, die sich bei dem Kummel produzieren werden, werden namentlich genannt: Dr. Wirth, der als bekannter Orientforscher ausgegeben wird, Abgeordneter v. Blandorff-Röpin, Graf Dumoulin-München und -o, Schreyer, laß nach - Abg. Gattmann. Unter den Veranstaltern befinden sich: der Bund Vaterländischer Arbeitervereine, der Alldeutsche Verband, der Verein Deutscher Studenten, der antisemitische Handlungsgesellen- und der Vaterländische Schriftensverband. Das Entree zu dem Vergnügen kostet 20 Pf.; Arrangeur der ganzen Gaudi ist ein gewisser Kuhn, Leutnant a. D. Bei der ganzen Veranstaltung wird weiter nichts passieren, als daß die Nachbarn des Lokals um ihre Nachtruhe gebracht werden.

Eine Prüfung, die aus der Himmeln geschickt hat. Auf einem Festmahl, das dem Kaiser gestern in Altona von „der Provinz Schleswig-Holstein“ gegeben wurde, hat Wilhelm II. eine Rede gehalten, in der folgende Stelle bemerkenswert ist: „Wie in anderen Ländern, sehen auch die Landwirte dieser Provinz der Entwicklung dieses Jahres mit Sorge entgegen. Was der Staat leisten kann, um Ihnen zu helfen, das ist gegeben und wird gegeben. Ich meine aber, bei der religiösen, christlichen Gesinnung seiner Landleute und zumal der Schleswig-Holsteiner werden Sie nicht übersehen, daß die Dürre dieses abnormen Jahres eine Prüfung ist, die uns der Himmel geschickt hat, und der wir uns zu beugen haben.“

Wiederum Landleute mit Wilhelm II. darin übereinstimmend werden, daß die Dürre von Gott geschickt wurde, um die künftigen Menschen zu prüfen, wessen wir nicht und geht uns und wenig an. Und das wissen wir, daß in den Kreisen der Konsumenten, die eben, als der Entwicklung dieses Jahres mit Sorge entgegen sehen müssen, das Bewußtsein verbreitet ist, daß der Staat durchaus noch nicht das Seinige zur Verringerung des nahenden Notstandes getan hat und nicht zu tun gewillt ist.

Ausland.

Ein neuer Zusammenstoß zwischen Spaniern und Marokkanern. Meldungen aus Mekka, die die Jesur nur teilweise durchließe, besagen, daß ein Angriff der Marokkaner auf die Spanier in der Nähe des Retsflusses, wo augenblicklich topographische Messungen vorgenommen werden, stattgefunden habe. Nach der Angriffsstelle sind vier Kompanien des Afrika-Regiments mit Kavallerie, befehligt von einem Oberleutnant, als Verstärkung angegangen und haben das Feuer auf den Feind eröffnet. In letzter Stunde verlor, daß vier Spanier getötet und mehrere verwundet worden seien. Die Verluste der Marokkaner seien sehr groß.

Kirche und Staat in Portugal. Die neue Regierung, welche von dem neugewählten Präsidenten der Republik Portugal D'Almeida in den nächsten Tagen einberufen werden wird, wird, wie der Presse von unrichtiger Seite mitgeteilt worden ist, eine Revision des Gesetzes über die Trennung zwischen Kirche und Staat vornehmen und sich dabei das in Brasilien gültige Gesetz zum Muster nehmen. Darnach soll alles Eigentum des Klerus diesem verbleiben und den Priestern der Genus ihrer jetzigen Gehälter bis zum Ableben des Einzelnen sichergestellt wie werden. Es soll ferner keinerlei Vermögenskonfiskation mehr stattfinden und allen Geistlichen vollkommene Freiheit gewährt bleiben. Die von Engländern, Deutschen, Franzosen und Italienern in Portugal gehaltenen und unterhaltenen Kirchen sollen, früher, auch weiterhin in voller Freiheit bestehen können. Man hofft, daß die Durchführung dieses Planes viel böses Blut bewirkt werden, daß sie in verschiedenen Teilen des Landes die namentlich durch die Priester genährte Gesinnung gegen die Republik, die an manchen Orten zu offenem Aufstand sich steigerte, zu ihren Gunsten beeinflussen und insbesondere den Norden beruhigen werde.

Die neue kirchliche Organisation in Wien. Nach der schweren Niederlage der kirchlichen Parteien bei den Reichsratswahlen ist mit großem Eifer eine neue Parteiorganisation geschaffen worden, die sich auf alle Nationen erstreckt. Schwere Arbeit war es sicher nicht, da die neue Partei nichts anderes als eine Umgestaltung der kirchlichen Organisation ist, der in reicher Zahl die vom Staate bezahlten Kräfte zur Verfügung stehen. Speziell für Wien wird berichtet, daß die neue „Katholische Union“ vom Fürstbischof Nagl angeordnet ist und sich eng an die Varsar-Prozesse anschließt. Auf jeden Sprengel kommen je nach der Größe ein oder mehrere Vertrauensmänner und Stellvertreter, die wieder für die einzelnen Gemeindebezirke Delegierte wählen. Diese stehen in enger Fühlung mit den Pfarrern des Bezirkes und werden vom Diözesanrat zu Generalversammlungen, zur Vorbereitung von Katholikentagen und sonstigen wichtigen Dingen zusammenberufen. Die Vertrauensmänner sammeln freiwillige Beiträge, die an das fürstbischöfliche Amt abgeliefert werden. Feste Beiträge sind nicht vorgesehen, auch nicht notwendig, da der Kirche aus ihren Besitzungen und den Staatsrenten ungefähre Millionen zur Verfügung stehen. Mit umso größerer Mitgliederzahl wird man dann aufwarten können. - Für das Land gilt eine gleichartige Organisation. In die Stelle der Bezirke treten die kirchlichen Dekanate. Für das Reich besteht eine Zentralkommission der katholischen Union, in der Bischof Graf Sypn den Episkopat vertritt.

So haben Ungläubige und Umstürzler wenigstens den Trost, mit ihren Steuern zum Triumph des rechten Glaubens beitragen zu dürfen. Hoffentlich wird auch das ihrem Seelenheil, das sonst stark gefährdet ist, wenigstens in etwas zugute kommen.

Ein radikaler Staat. Nach achtstündiger Debatte hat der Senat mit 68 gegen 18 Stimmen die Aufnahme der neuen Staaten New Mexico und Arizona beschlossen. Mit 46 gegen 23 Stimmen wurde dabei die Verfassungsbestimmung von Arizona gutgeheißen, die dem Volke das Recht der Abberufung der Richter zuerkennt. Man erwartet, daß Präsident Taft dagegen sein Veto einlegen werde, zu dessen Beseitigung ein neuer Beschluß mit Zweidrittelmehrheit erforderlich wäre.

Die Entwicklung der Aktiengesellschaften. Am 1. Januar 1910 zählte man in der Schweiz 3547 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von 2 723 069 000 Franken. Im Laufe des Jahres kamen 474 Gesellschaften mit 214 637 000 Fr. hinzu, während 134 ihr Kapital um 22 495 000 Fr. erhöhten. 107 mit 48 263 000 Fr. lösten sich auf, und 63 derminderten ihr Kapital um 18 684 000 Fr. Danach gab es am Ende des Jahres 3914 Aktiengesellschaften mit 2 863 208 000 Aktienkapital eine Vermehrung um 367 Gesellschaften und rund 240 Millionen Fr. Die Zunahme der Gesellschaften ist größer als in irgend einem früheren Jahre; die des Kapitals wird nur von der des Jahres 1906 übertroffen, indem die Banken im Hinblick auf die bevorstehende Eröffnung der staatlichen Bank besonders große Kapitalerhöhungen vornahmen.

Ende 1901 gab es erst 2056 Gesellschaften mit 1 881 596 000 Franken Kapital. Die Zahl der Gesellschaften hat sich also in 9 Jahren nahezu verdoppelt, während die Gesamtsumme des Aktienkapitals nur um 57% zunahm und der durchschnittliche Kapitalbetrag von rund 915 auf 757 000 Fr. zurückging; hauptsächlich eine Folge der Eisenbahnverstaatlichung, die das Ausschleichen von 6 Gesellschaften mit zusammen 376 Millionen Grundkapital mit sich brachte, dann wohl auch des stärkeren

Andringens der Aktienform auch in minder große Betriebe. Das statistische Bureau der Schweiz stellt fest, daß das letzte Jahr Neugründungen und Kapitalerhöhungen weit über dem bisherigen Durchschnitt auswies, diesen aber in Aufzählungen und Kapitalerhöhungen nicht erreichte. So sieht sich die unpopuläre Form der kapitalistischen Betriebsweise, bei der alle wirkliche Unternehmerarbeit durch gemietete Kräfte geleistet wird, während die Eigentümer (Aktionäre) nur noch die Schmarotzerfähigkeit der Profitgier aus fremder Arbeit ausüben, auch in der ehemals kleinbürgerlich-demokratischen Schweiz immer stärker durch.

Parteiangelegenheiten.

Die Parteientwicklung in Groß-Berlin.

Der soeben erschienene Jahresbericht des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins gibt auf seinen 200 Seiten ein anschauliches Bild von der glänzenden Entwicklung der Berliner Parteioorganisation. Seit 1905, der Gründung des Verbandes der Wahlvereine zeigt sich folgende Mitgliederbewegung:

	Dezember 1905	Juni 1910	darunter weiblich	Juni 1911	darunter weiblich
1. Kreis	700	801	104	1 015	123
2. Kreis	3 250	4 781	383	5 292	543
3. Kreis	2 250	2 494	284	2 701	312
4. Kreis	8 650	22 927	2 796	24 170	3 755
5. Kreis	1 600	1 850	220	2 115	255
6. Kreis	11 000	24 981	3 509	30 584	4 169
Teltow-Beeskow	8 200	26 504	3 899	29 611	5 251
Wd.-Barnim	6 050	12 855	1 591	15 680	2 534
Summa 41 700	101 191	124 785	11 618	159 947	18 947

Die Steigerung der Mitgliederzahl ist groß und die Berliner Parteibewegung kann sich darauf stützen, insofern erschöpft ist das Rekrutierungsgebiet noch lange nicht; der Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission für 1910 weist 297.803 männliche und 23.528 weibliche, zusammen 321.331 Gewerkschaftsangehörige auf. Berücksichtigt man, daß unter 111.000 Mitgliedern noch ca. 10 bis 12 Prozent selbständige Geschäftsleute enthalten sind, so zeigt sich, daß die größere Hälfte der klassenbewußten Arbeiterklasse Groß-Berlins der politischen Organisation immer noch fernsteht. Der Eingang der Mitgliederbeiträge ist ein so erfreulicher, daß wahrlich niemand sagen kann, die Mitglieder finden nur auf dem Papiere. Es gingen insgesamt aus allen Kreisen Monatsbeiträge ein:

Im Jahre 1908	778 693
1909	842 123
1910/11	1 072 691

Die Leistungsfähigkeit der Kreise, speziell der größeren, aber auch die der kleineren ist fast überall gestiegen und drückt sich in proportional größeren Umläufen in die Verbandskasse aus. Die durchschnittliche Leistung aller Kreise an den Verband stellt sich auf 2,29 Mk. pro Kopf des Mitgliedes.

Sekundäremäßig sind von den Eingängen an Beitragsmarken 20 Prozent an den Parteivorstand abzuführen; derselbe hätte für 1910/11 zu beanspruchen gehabt: 67 811,24 Mk. Er erhielt aber 179 000 Mk. Das Parteisekretariat der Provinz Brandenburg wurde mit 42 700 subventioniert.

Der Verband hat 347 gemeinsame Versammlungen abgehalten. Soweit aus den Berichten der Einzelkreise zu konstatieren, wurden von den 8 Kreiswahlvereinen 1627 Versammlungen arrangiert, zusammen also 1974 Versammlungen, teils Wahlvereins-, teils öffentliche Volksversammlungen.

Die Zahl der insgesamt verbreiteten Flugblätter läßt sich nicht feststellen. Der Verband verbreitete 10 Flugblätter in 9 864 160 Exemplaren.

Siegreich ist die Berliner Partei trotz des Dreiklassenwahlrechts auch in den Kommunen überall vorgegangen. Berlin weist 38 sozialdemokratische Stadtverordnete auf, Teltow-Beeskow 21 Stadtverordnete und 181 Gemeindevertreter, Nieder-Barnim 27 Stadtverordnete und 111 Gemeindevertreter, zusammen 378 Genossen in den Gemeindevertretungen.

Im Dreiklassenparlament sind 5 Sitze für die Partei erkämpft, von den 8 Reichstagsmandaten in Groß-Berlin sind 7 im Parteibest.

Die bevorstehenden Reichstagswahlen. So wird aus der Schweiz geschrieben, halten auch unsere im Auslande lebenden Genossen in regster Spannung. In der Schweiz haben in mehreren Orten die deutschen Arbeitervereine für jede Woche einen Abend angelegt, an dem durch Referate und Diskussionen die Genossen über die Vorgänge in Deutschland auf dem laufenden erhalten werden. Der über 1200 Mitglieder zählende Sozialdemokratische Verein in Zürich hat ferner beschlossen, von jedem Mitgliede 1 Frank Extrabeitrag zu erheben und den Betrag zu gleichen Teilen den deutschen und österreichischen Genossen für die Kosten des Wahlkampfes zur Verfügung zu stellen. Viele Genossen, die es irgendwie ermöglichen können, und solche, die sonst arbeitslos werden, reisen in ihre Heimat zurück, um daheim helfen zu können, die Deutbebrand, Oldenburg und Konsorten in die Pfanne zu hauen. Überall herrscht begeisterte Stimmung und in den Kreislagern der Arbeitervereine werden die Berichte in den deutschen Parteiblättern über die Schamägel mit den Feinden lebhaft diskutiert. Von den in der Schweiz bereits diesen Herbst bevorstehenden Nationalratswahlen ist dagegen noch gar nichts zu vernehmen.

Arbeiterbewegung.

Der Stand der Aussperrung in Leipzig.

In den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erschien Freitag früh ein Artikel über die Einstellung der Einigungsverhandlungen. Darin war der Wahrheit zuwider behauptet worden, daß solche Verhandlungen von der Vertretung der Auszubildigen bei den Unternehmern nachgesucht seien. Des weiteren stand in dem Artikel, daß, wenn bis zum Freitag Abend die Verhandlungen nicht zum Abschluß gediehen seien, die Aussperrung in Dresden und Chemnitz erfolgen soll. Der Umstand, daß die Kommission der Unternehmer beim Eintritt in die Verhandlungen bezüglich des letzten Punktes genau dieselbe Erklärung abgab, beweist zur Genüge, daß dieser Artikel mindestens von den Unternehmern inspiriert, wenn nicht gar selbst verfaßt sei. Der Metallarbeiterverband halte bei der Einstellung der Verhandlungen vereinbart, daß in dem Moment, in dem solche Verhandlungen in die Wege geleitet werden, die Aussperrung in Dresden und Chemnitz während der Verhandlungen aufgeschoben würde.

Das Verhalten der Leipziger Industriellen entsprach keineswegs diesen getroffenen Vereinbarungen und es wurde von unserer Kommission verlangt, daß die Erklärung abgegeben werde, daß die Verhandlungen nicht unter dem Druck der Aussperrungsandrohung für Dresden und Chemnitz gestiftet werden dürfen, und daß, wenn am Freitag Abend die Verhandlungen nicht beendet werden, sie dann weiter geführt werden unter der Bedingung, daß in Dresden und Chemnitz die Aussperrung vorläufig unterbleibe. Trotz der bestehenden Abmachung in dieser Frage haben die Unternehmer eine solche Erklärung abgelehnt und daraufhin wurde die Sitzung abgebrochen, um erst einmal in Dresden eine Klärung der Situation herbeizuführen. Zur

Stunde kann noch nicht gesagt werden, wie sich die Aussperrung weiter entwickeln wird.

In der bürgerlichen Presse wird, wie es scheint, auf Inspiration der Unternehmer folgendes Telegramm verbreitet:

„Die Einigungsverhandlungen in der Metallarbeiterausperrung sind gescheitert. Die Freitag Nachmittag in Leipzig abgehaltenen Einigungsverhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind abgebrochen worden. Die Vertreter der Arbeitnehmer bestanden darauf, daß nur die im Metallarbeiterverband organisierten Arbeiter zu den Verhandlungen zugelassen werden sollten, worauf die Arbeitgeber jedoch nicht eingingen und infolgedessen die Fortsetzung der Verhandlungen ablehnten. Folgerichtig müßte nun am Samstag die Aussperrung in Chemnitz und Dresden vollzogen werden.“

Wie sich schon aus dem oben mitgeteilten Sachverhalt ergibt, ist diese Meldung durchaus unrichtig und offenbar darauf berechnet, das Gelingen des Abkommens bei den Verhandlungen auf die Arbeiter abzuwälzen. Sachlich ist an der ganzen Erzählung nur das eine richtig, daß ein Herr-Dunderscher, der von den Aussperrten nun mit in die Verhandlungskommission gewählt worden war, von den Verhandlungen erschied; die Leitung des Metallarbeiterverbandes hatte gegen seine Anwesenheit nichts einzuwenden, da es sich aber nicht um eine Verhandlung von Organisation zu Organisation drehte, und die Unternehmer selbst keinen Wert auf die Anwesenheit der Herr-Dunderscher legten, wurde er zu den Verhandlungen nicht zugelassen. Mit dem Abbruch der Verhandlungen hat diese Entschloß nichts zu tun, denn die Kommission verhandelte noch eine volle Stunde nach der Entfernung des nicht gewählten Herr-Dunderscher.

Bürgerlichen Blättern wird aus Dresden gemeldet:

Im Bezirk Dresden haben Samstag nachmittags 35 dem Verbands deutscher Metallindustriellen angehörende Firmen ihre Arbeiter ausgesperrt; auch große Firmen, wie Seidel und Raumann, Kelle und Siedenbrandt, Gebrüder Barnowick, Gebrüder Sedlitz und unter anderen beteiligt. Ob wirklich sechzig Prozent ausgesperrt worden sind, läßt sich noch nicht feststellen, das soll in 26 Versammlungen, die von der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes für Montag vormittags einberufen worden sind, festgestellt werden.

Der Streik der Metallarbeiter in Uckerbe der Firma A. Schreiber, sowie die damit verbundene Aussperrung bei Hofhof, in Leer, Wapfenner Kitten- und Gruben-Gesellschaft (Abteilung Augustfeld) sowie J. Mader u. Co. in Norden, ist mit einem reißenden Erfolg für die Streikenden beendet. Der Vorgesetzte der Firma Mader hat die Vermittlung übernommen und gelang es diesem, eine Basis für den Frieden zu schaffen. Die Arbeit wird in allen Betrieben Montag, den 28. August wieder aufgenommen und sollen die Streikenden, sowie die Aussperrten spätestens innerhalb 4 Wochen wieder eingestellt sein.

Die für Saalfeld in Thüringen auf den 26. August angekündigte Aussperrung der Metallarbeiter hat lange nicht den vom Unternehmern angekündigten Umfang angenommen. Von den etwa 1200 organisierten Metallarbeitern sind über 400 ausgesperrt, dazu kommen noch ungefähr 200, die nicht mit ausgesperrt waren, aber mit ihren Kollegen die Arbeitsstätte verlassen, so daß insgesamt 600 Arbeiter in den Kampf gezogen wurden. Drei große Firmen und zwar die Mitteldeutschen Elektrizitäts-Werke, die Maschinenfabrik Paul Kuerbach und die Nähmaschinenfabrik Mittel u. Ries, die über 400 Arbeiter beschäftigen, sperren nicht aus.

Ein Scharfmacherredakteur bei den nationalen Arbeitern. Die „nationalen“ Arbeiter Sachsen, nämlich der Arbeiterbund für das Königreich Sachsen, hat am 2. und 3. September in Leipzig seinen Bundesstag. Damit alle Welt weiß, wie die Unternehmern diese Organisation einschätzen, haben sie den Freierrn v. Reismay geladen, den Chefredakteur der „Arbeiterzeitung“. Der Chefredakteur wird auf dem „Arbeitertag“ über: „Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit“ reden. Dann redet der Kreisverbandunteroffizier Gneuß aus Jütta über: „Die Aufgaben der vaterländischen Arbeitervereine“. Wozu darüber einen langen Vortrag? Diese Vereine haben die Aufgabe: „Unternehmensinteressen zu vertreten“. Darum heißen sie auch Arbeitervereine.

Verkäufe des kaiserlichen Markt-Notierungskomitees.

Grosch, den 25. August.	gute		mittlere		geringe	
	55kg.	50kg.	55kg.	50kg.	55kg.	50kg.
Belgen, weisse neu	20 80	19 80	18 80	18 80	18 80	17 80
Belgen, gelbe neu	20 10	19 10	18 10	18 10	18 10	17 10
Belgen, alte	16 80	16 80	16 20	16 80	16 20	14 80
Brügger	18 —	17 50	17 40	18 —	18 —	18 —
Deutsche	18 50	18 50	18 70	18 20	18 20	18 50
Deutsche, alt	17 50	16 80	16 70	16 80	16 80	16 80
Deutsche neu	18 40	18 80	18 10	18 80	18 80	18 80
Victoria-Deutsche	18 —	18 —	18 —	18 —	18 —	18 —
Deutsche	18 80	18 —	17 80	18 80	18 —	18 80
Wälder	17 80	—	18 80	—	18 80	—

Den per 100 kg. 2.40—2.80 Mk.
 Sächsisch per 100 kg. 4.70—5.20 Mk.
 West-Deutsche per 100 kg. 4.00—5.20 Mk.
 West-Deutsche, Weißwasser, West per 100 kg. inkl. Sac. brutto.
 West-Deutsche, West per 100 kg. inkl. Sac. brutto.
 West-Deutsche, West per 100 kg. inkl. Sac. brutto.
 West-Deutsche, West per 100 kg. inkl. Sac. brutto.
 West-Deutsche, West per 100 kg. inkl. Sac. brutto.

Wer seine Zeitung pünktlich haben will,

muß eines in erster Linie beachten: Die genaue Angabe seiner Wohnung! Wer nun am 1. September verzögert, tut gut daran, folgenden Schein genau auszufüllen und der Zeitungsfabrik zu geben

Bisherige Wohnung _____

Wo wohnen Sie nach dem 1. September? _____

Vor allen Dingen vergesse man nicht, seinen Namen und Nummern auf die folgende Linie zu setzen:

Wer dies tut, erhält pünktlich seine Zeitung in die neue Wohnung.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Kahl. — Redaktion und Druckerei: Druckerei des „Arbeiterbundes“ in Leipzig, — Druck von Carl Schö. — Druck von Carl Schö. — Druck von Carl Schö. — Druck von Carl Schö.

Am 26. August verschied nach langem Leiden meine geliebte Frau, unsere gute Mutter, Tochter und Schwester

Frau Pauline Burseg

geb. Weichen
im Alter von 87 Jahren.
Dies zeigt tiefertrauernd an:
4508
Carl Burseg nebst Kindern.
Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Adlerstrasse 1, nach Pohlnowitz.

Am 26. d. Mts. verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Schlosser

Karl Scholz

im Alter von 63 Jahren.
Ein ehrende Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder d. Deutsch. Metallarb.-Verbandes (Verwalt. Breslau).
Beerdigung: Dienstag, den 29. d. Mts., nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle in Cosel.

Am 26. d. M. verschied plötzlich und unerwartet meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Agnes Schönfeld, geb. Ernst

im blühenden Alter von 26 Jahren 11 Monaten.
Dies zeigt schmerz erfüllt an
Gustav Schönfeld nebst drei unmündigen Kindern.
Beerdigung: Dienstag, den 29. d. Mts., nachm. 4 Uhr, von der evangel. Leichenhalle in Cosel. Trauerraum: Popelwitzstr. 18.

Der geübte Schneider ist

Haynau und Umgegend

die besten Leistungen, das ist am heutigen Tage Behnhofsstraße 41 die

Bildhauerei

eröffnet habe.
Ich halte mich redlichstens daran von Grabsteinen über die Art selbst anzufertigen und eine um günstigen Auftrags.
A. Nindel.

Sommer-Theater (Lieblichs Etabl.)
Montag, abends 8 Uhr:
„Die Dame aus Trouville“
Schwan in 5 Akten.
Im Garten: Cyra-Konzert.

Viktoria-Theater
Nur noch wenige Tage:
Bei uns in Breslau
Anfang 8, v. 7-8 Konzert.
Freitag, den 1. September
beginnt der
Variété-Saison
mit erstklassigem Programm.

Zeltgarten
Damen-Ringkampf-
(Konkurrenz).
Dazu neue
Spezialitäten.
U. A. Emil Weikese
genannt d. Bäcker, Kriemhild.
Entree im Garten
10 Pf.

Zigarren
vortreffliche Qualitäten.
vortrefflich in Grund und Geschmack
100 Stück 2.50 Mk. bis 10.00 Mk.
empfiehlt gegen Nachnahme
Zigarren-Fabrik E. Lampe,
Rath. Strand und Hauptstr. Breslau, Woplas I. Ecke Vintenzstraße.
Filialen: Mühlentstraße 16 Ecke Schatzgasse, Nummer 23.
Friedrich-Wilhelmstraße 15, Adolfsstraße 77.

Skala
Sommer-Theater
Nikolaistrasse 27.
Täglich abends 8^{1/2} Uhr:
Zum ersten Mal auf der Bühne!
Spannender als im
Kino-Photographen!
Die weisse Sklavin.
(Unter Mädchenhändlern).
Sensations-Schauspiel.
Sonntag nachm. 4^{1/2} Uhr:
Ermäßigte Preise.
Eine Gefallene.
Weihnachtsdrama.

Palmengarten.
Mit-
Seidelberg
Damen-Trompeten-Korps
Zum 1. Mal in Breslau.
Entree frei.

Von der Meise zurück (4504)
Zahnarzt Schachtel
Königsplatz 3b. Telef. 7835.
Packmeister
für Möbeltransportgeschäft i. Schlesien
sofort gesucht. Dauernde Stellung. Be-
weiser muß gute Zeugnisse haben und
muss im Möbeltransport durchaus erfahren
sein. Gehalt, Gehaltsanspruch und
Zeugnisabschriften erbeten unter P. 100
an die Expedition dieser Zeitung.

Feuerversicherung
sowie Lebensversicherung auch
für Kinder, vermittelt 1744
Ernst Zahn,
Ritterplatz 5, III.

Stamm-Seidel,
Verlags-Seidel,
Seidel zu Festgeschenken.
Grosse Auswahl von
Heilsbüchern
empfiehlt 4268
Otto Miksch,
Kupferschmidstrasse 47.

Beste Speisekartoffeln!
Bis nur 5 Wg. bei 10 Wg. 45 Wg.
Blüthenstraße Nr. 9. 4411
Ednard Bernstein:
Die Grundbedingung
des Wirtschaftslebens.
Preis 20 Pf.
Buchhandlung Volkswacht.

Die beliebtesten
durch Reichsgesetz genehmigten
Pappenheimer-Loose
etc. werden am 1. September cr.
wieder gezogen.
4 Treffer à 4418
2 Treffer à
320000 Mark
4 Treffer à
160000 Mark
2 x 81000 Mark
4 x 76832 Mark
2 x 48000 Mark
4 x 45000 Mark
2 x 32000 Mark
und ca. 114000 Treffer von
17 bis ca. 24000 Mk.
Im ganzen werden verlost über
17 Millionen Mark
mit staatl. Aufsicht u. Garantie.
Garantie:
Geld zurück kostenfrei,
bei ungenügender Rückzahlung.
Zusendung am einfachsten per
Nachnahme portofrei von
3 Nummern für 4 Mk. 40 Pf.
6 Nummern für 8 Mk. 40 Pf.
9 Nummern für 12 Mk. 40 Pf.
N.A.W.
Weniger wie 3 Nummern werden
nicht abgehoben. Ziehungsliste
gratis und franko. Bestellungen
umgehend erbeten an:
Gottlieb Barthei,
Ulmenstr. 24. Chemnitz 25.

Ia. Steinkohlen
Koks, Briquets und Holz
liefert jedes Quantum billigst frei Keller
Wilhelm Schliebs,
Telephon 1053. Odertor-Bahnhof, Platz 6. Telephon 1055.

Schweidnitz
Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophon,
Geiger, Klavier, Pianoforte, Orgel.

Schwarzschmiederei.
Bleicher, H. Engel, 4. (Rathhaus).
Fischer, Wilhelm, Rindfleisch 4.

Ströbel
Fleischerwaren.
Klein, Bruno, Rindfleisch u. Fleischwaren.
Kolonial- und Manufakturwaren.
Krause, Josef, Rindfleisch u. Fleischwaren.
Fischer, Paul.

Strehlen
Bier-Brauereien.
Jaekel, Rob., Hauptstr. 1.
Hansen u. Herrmann, Hauptstr. 1.
Kaufhaus Alfred Puff.

Drogen und Farben.
Kohn, J., Hauptstr. 19, Ecke u. Hauptstr.
Herren- u. Knaben-Garderobe.
Schäfer, Karl, Hauptstr. 10.

Kolonialwaren, Drogen, Zigarren.
Ott, Robert, Hauptstr. 8 (Markt).
Krause, C. J., Hauptstr. 10.

Manufakturen, Herren- u. Knaben-Gard.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.
Photographisches Atelier.
Schäfer, Alfred, Hauptstr. 10.

Schwarzwaren u. Schuhmacher.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Striegau
Alkoholfreie Getränke.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Brauereien und Bierverleger.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Drogen, Farben, Apothekwaren.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Fahrräder, Nähmaschinen.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Fortsetzung des Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis

Kindergarten, Heilpädagog. Lehrwerkst.,
Gallweg, Otto, Ring 24, u. d. Stadthaus.
Böhrig, Max, Hauptstr. 3.
Vogel, Carl, Hauptstr. 10.

Polsterwaren.
Seidel, Paul, Hauptstr. 1, am Ring.
Polstermöbel, Lederwaren.
Klein, Aug., Güntherstr. 7, Bettl. u. Mtr.

Restaurations.
Lux, W. & Co., Hauptstr. 10.
Spezial-Saug- und Kesselmaschinen.
Schnitz, Gustav, Hauptstr. 10.

Uhren und Goldwaren.
Gruner, Alfred, Hauptstr. 10.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Zigarren und Zigaretten.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Trebnitz
Bierbrauereien.
Trenitz, Gustav, Hauptstr. 10.

Drogen.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Fahrräder, Nähmaschinen,
Grammophon.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Kolonialwaren, Glas u. Porzellan.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Manufakturwaren, Garderobe.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Waldenburger Industriezweig
Abzahlungs-Geschäfte.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Papier- und Schreibwaren.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Photographisches Atelier.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Polsterwaren.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Putz-, Weiss- und Wollwaren.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Schwarzwaren u. Schuhmacher.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Strickwaren, Strickwaren, Wollwaren.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Zahn-Atelier.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Dittersbach.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Friedland.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Blümel, Heinrich.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Gottesberg, Fellhammer.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Spezial-Putzgeschäft.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Uhren und Goldwaren.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Zigarren, Zigaretten.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Kolonialwaren.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Nied.-Salzbrunn-Sorgau.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Weissstein, N.-Hermsdorf.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Wüstegiersdorf, Blumenau.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Zaborze-Zabrze.
Krause, Martin, Hauptstr. 10.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. August.

Gedächtniskalender.

29. August.

- 1523 Ulrich v. Hutten f.
- 1862 Der belgische Dichter Maeterlinck *.

Der Aufmarsch zu den Reichstagswahlen.

Die Breslauer sozialdemokratische Partei hält als Einleitung zu den Reichstagswahlen in allen Stadtteilen rund ums Zentrum ihren Appell ab und benutzt zu diesem Zwecke die vielen schönen Sonntage dieses Sommers. Sie kann ihre Anhänger statt in rauchigen Sälen unter Blattgürteln und Morgenrothschein zusammenberufen, wie das auch gestern wieder in der Harmonie, Gräbnerstraße der Fall war. Der Garten war etwas kleiner, als wir es sonst gewohnt sind, aber da gleichzeitig im Konzerthause eine große Versammlung der Krankenkassenmitglieder tagte, erwies sich die Wahl des Lokals als angemessen und obwohl im Konzerthause 1500 Personen den Ausführungen des Arbeitersekretärs Graf zuhörten, war es bei Höflichkeit jeder Stuhl besetzt. In den Gängen und Ecken standen Kopf an Kopf die Zuhörer. Selbst im Saale ließen sich noch ein paar hundert Wähler nieder, um den Ausführungen des Genossen Müller zuzuhören. Kurz nach 11 Uhr eröffnete Genosse Dieze mit markigen Worten die Versammlung und erteilte dem Reichstagsabgeordneten Noske aus Chemnitz das Wort, der in lebendiger Rede folgendes ausführte:

Der Reichstag pfeift schon längst auf dem letzten Loch. Schon voriges Jahr nahm man an, daß dieser Reichstag, der beim Volke allen Kredit verloren hat, aufgelöst würde. Aber er lebt doch noch weiter, und an den Tagen, wo eigentlich die Wahlen stattfinden sollten, machen unsere Patrioten ihren Marsoffiziersakt. Dagegen hat die Breslauer Arbeiterpartei schon Protest eingelegt und es ist nicht notwendig, darüber noch zu sprechen. Wir sind uns nun klar, daß der Reichstag seinem Ende entgegengeht, möge man den Tag der Wahl auch noch solange hinauschieben. Der Reichstagskammer hat schon sehr davon gemerkt, daß durch das Hin- und Hergehen der Wahlen der Haß der Bürgertums schwindet, um gemeinsam gegen die vorwärtschreitende Arbeiterklasse Front zu machen. Denn die ganze Tätigkeit der Regierung und der bürgerlichen Parteien ist darauf gerichtet, eine gemeinsame Wahlparole zu finden, weil ein Kampf ohne eine leidliche Parole für das Vordringen den Zusammenbruch bedeutet. Man hat lange nach einer Parole gesucht und macht nun den Versuch, die Kolonialpolitik gegen die Sozialdemokratie auszubuten. Sie soll eine zugkräftige Parole sein und daher ist es auch, wenn die Arbeiterklasse ihr kändiges Augenmerk auf die Kolonialfragen lenkt. Wir erleben jetzt eine Wiederholung der Dernburger Wahlen. Um dagegen Front zu machen, ist es das Beste, wenn man die Flugblätter der Gegner von 1907 hervorholt und sie den Wählern zeigt, um ihnen damit zu sagen, daß alle Versprechungen über die Erfolge der Kolonialpolitik Lüge waren. Alle Vertreter der bürgerlichen Parteien haben im letzten Reichstag gänzlich versagt. Auch aus den Versprechungen über die Erfolge der Kolonien ist nichts geworden. Man verspricht durch die Kolonien billigere Lebensmittel zu bekommen, in Wirklichkeit ist alles teurer geworden; zahllose Arbeiter werden durch neue Steuern brotlos gemacht.

Je mehr unsere Gegner sich zusammenballen, um so mehr werden wir dem Volke die Sünden der bürgerlichen Parteien vor Augen halten. 1000 Millionen Mark kosteten in den letzten 20 Jahren unsere Kolonien. Dafür könnten in Deutschland Schulen, Straßen und Krankenhäuser gebaut werden. Tausende Arbeiter bekämen Beschäftigung und man wüßte endlich, was aus dem Gelde der Steuerzahler geworden wäre. Als vor einigen Jahren die Sozialdemokraten im Reichstage von Dernburg, dem ehemaligen Staatssekretär, verlangten, er solle eine Abrechnung geben über alle bisherigen Kolonialausgaben, stellte sich heraus, daß für die verausgabten Gelder überhaupt keine Belege da waren,

daß über 28 Millionen Mark keine Auskunft gegeben werden konnte und daß außerdem die Regierung Gelder ausgab, ohne überhaupt den Reichstag vorher zu befragen. Trotzdem hat keine der bürgerlichen Parteien gegen neue Ausgaben zu stimmen gewagt. Und wie es mit den Ausgaben für Kolonien steht, so steht es auch mit den Ausgaben für Rüstungen, die fast unerschöpflich geworden sind. Die Steuern reichen nicht aus, die Kosten der Rüstungen zu decken, und man muß von Jahr zu Jahr Millionen borgen, um die Panzerplatten und Kanonen zu bezahlen. Das Reich arbeitet wie ein armer Mann, der sich ein paar Schuhe besohlen läßt und sie in hundert Jahren zu bezahlen verspricht. In einer geradezu unerhörten Weise ist von den bürgerlichen Parteien im Reichstag gewirtschaftet worden. Die Schulden steigen von Jahr zu Jahr, ohne daß jemand an Einschränkung denkt. Der Reichstag kann jedoch auch sparsam sein. Er hat die Erhöhung der Soldatenlöhne abgelehnt und die Gehälter der Offiziere dafür erhöht. Diese rühmliche Tat hat auch der Freiwirtschaftler. Die Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten wurde ebenfalls abgelehnt, weil man die Begehrlichkeit der Arbeiter nicht anfachen wollte. Und man gab die acht Pfennige, die den Soldaten zukommen sollten, den hohen Offizieren und hohen Beamten. Sogar den Feigern der Kriegsschiffe wollte man ihre Zulage nehmen, und es gelang erst nach laueren Kämpfen der Sozialdemokratie, diese Schandtat zu verhindern. Auch an den Veteranen, die ihre Knochen auf dem Schlachtfeld ruiniert haben, wird selbst. Viele dieser alten Greise müssen betteln gehen oder Selbstmord begehen, wenn sie nicht verhungern wollen.

Der Redner kam nunmehr auf das Steuersystem zu sprechen. Die von Frankreich bezahlten Kriegskosten sind verputzt worden und man macht seit 1878 Schulden auf Schulden. Vor den letzten Wahlen ist von der Regierung aus betont worden, es werden keine neuen Steuern erhoben, und die Behauptungen der Sozialdemokratie bezeichnete man als Lüge. Kaum war aber der Reichstag zusammengetreten, so verkündete der Schatzkanzler, daß neue Steuern schon vor den Wahlen geplant gewesen wären. Wer ist nun der Lügner? Es hat noch kein Parlament der Welt ein solch schmachvolles Schauspiel geliefert, als der Reichstag. Die bürgerlichen Parteien rücken sich dort wie wilde Dunde, weil keiner von den Besitzenden neue Lasten tragen wollte. Dafür wählte man sie auf die Schultern der Armen und Schwachen. Wenn nun bei den nächsten Wahlen die Liberalen kommen und sagen, auch wir haben gegen neue Steuern gestimmt, so kann man ihnen entgegenhalten, jawohl, aber nur aus Rache, nachdem ihr aus dem Bülowblock hinausgeworfen wurdet! Für sozialpolitische Dinge hatte der letzte Reichstag ebenfalls keine Zeit. Was geschahen worden ist, ist kaum der Rede wert. Die Liberalen rühmen besonders das neue Reichsvereinsgesetz. Was das aber gebracht hat, zeigen am besten die Erfahrungen in Schlesien. Ich komme mir fast vor, als sei ich in Russland, wenn ich die Schulden hinter mir sehe, die meine Rede begleiten. Derartiges weiß man in Sachsen nicht mehr, aber die Arbeiterklasse in Schlesien wird auch diese Kinderkrankheit überwinden. Auch die Reichsversicherungsordnung, die man gegen die Sozialdemokratie auszuwickeln will, hat nichts gebracht für die Arbeiter. Selbst der ungebildetste Mann kann bei den nächsten Wahlen den Sozialisten entgegenreten und sagen, daß die Reichsversicherungsordnung für die Arbeiter keinen Nutzen bringt. Wenn aber der neue Reichstag nicht anders besetzt wird, wie der alte, so wird die bisherige Lächerlichkeit weiter geführt werden. Der Wahlkampf wird mit beispielloser Festigkeit geführt werden, darauf deuten alle Rüstungen der Schanzmänner und reaktionären Parteien hin. Den Sieg werden uns die Gegner nicht leicht machen, das steht fest; aber wir können ihren kalten Goldstücken Hunderte und Tausende begeisteter Frauen und Männer entgegensetzen, die gewillt sind, mit aller Macht gegen die bestehenden Zustände anzukämpfen. Damit allein ist es nun freilich noch nicht getan. Wir brauchen, wenn wir den Wahlkampf erfolgreich führen wollen, vor allem eine starke weitverbreitete Presse, starke geschulte Organisationen und volle Wahlklassen. Das dies der Fall wird, dafür hat jeder zu sorgen, der mit den heutigen Zuständen nicht zufrieden ist. Auch die Agitation vor Mund zu Mund muß gepflegt werden, wenn wir gesichert dastehen wollen. Nichten wir danach unsere Arbeit ein, dann werden wir die große Freude erleben, daß bei den nächsten Wahlen über der Stadt Breslau wieder das rote Banner weht.

Die Versammlung spendete dem Vortragenden reichen Beifall. Genosse Dieze schloß hierauf mit einem dreifachen Hoch auf die Partei die Versammlung. Da der Garten unmöglich die Zahl der Besucher fassen konnte, fügte sich auch bald der geräumige Saal der „Harmonie“. Hier leitete Genosse Weese die Versammlung und Genosse E. Müller referierte über das gleiche Thema wie Genosse Noske. Er behandelte eingehend die politischen Zustände in unserem Vaterlande, die Marokko-Affäre und kam dann auf die Reichstagswahlen zu sprechen. Speziell besprach er den Aufmarsch der Parteien und die Verhältnisse in den Wahlkreisen Breslau-Ost und West. Sein Vortrag fand reichen Beifall. Da eine Diskussion nicht beliebt wurde, schloß der Vorsitzende gegen 12 1/2 Uhr die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die Zentralisation der Krankenkassen in Breslau.

Die Reichsversicherungsordnung, mit ihrer Entrechtung der Mitglieder in den Krankenkassen, hat die Arbeiterpartei gründlich aufgereizt. Sie fühlen es nur zu deutlich, daß sie geschädigt worden sind, weshalb sie sich jetzt zur Wehr setzen und fordern, daß wenigstens die unheilvolle Zersplitterung des Kassenwesens ein Ende nimmt, die gerade in Breslau lange genug zum großen Schaden der Versicherten besteht. Es ist zu begrüßen, daß die Zentral- und Auskunftsstelle der Krankenkassen schließlich die Frage der Zentralisation in den Vordergrund stellt. Wie sehr sie damit das Richtige getroffen hat, bemisst die heutige Versammlung von Krankenkassenmitgliedern und Arbeitgebern im Konzerthause, die als eine eindrucksvolle Kundgebung für die Vereinigung aller Breslauer Kassen zu bezeichnen ist. Der große Saal, der mehr als 2000 Personen faßt, war dicht besetzt. Die riesige Versammlung verlief glänzend und nahm ohne Zehnteinstimmigkeit folgende Resolution an:

„Ich heute, am 27. August 1911, im großen Saal des Breslauer Konzerthaus zahlreich versammelten Krankenkassenmitglieder, Massenmitglieder und Arbeitgeber verpflichten sich, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, für die Zentralisation der Krankenkassen einzutreten. Sie erbitten hierin das einzige Mittel, die Kassen so auszubauen, um für die Versicherten leistungsfähig zu wirken. Die Leitung der Versammlung wird deshalb beauftragt, sofort die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Zentralisation zur Durchführung zu bringen.“

Das Referat über die wichtige Frage der Zentralisation hatte der Arbeitersekretär Genosse Graf aus Frankfurt am Main übernommen, dessen sachkundige Ausführungen mit reichem Beifall unterbrochen und zum Schluß mit stürmischer Zustimmung aufgenommen wurden. Genosse Graf, der seit Jahren Vorsitzender der allgemeinen Ortskrankenkasse in Frankfurt a. M. ist, also im Kassenwesen viel Erfahrung hat, leitete seine längere Rede mit einer Würdigung der Veränderungen ein, die nach der Reichsversicherungsordnung in den Krankenkassen eintreten werden, um dann ausführlich die Zentralisation zu besprechen; er führte darüber u. a. folgendes aus:

In Breslau haben sich 53 Ortskassen, 40 Betriebskassen und 1 Innungskasse. In Frankfurt a. M. würde man dazu sagen, die Breslauer haben keine rechte Meinung von Krankenkassenversicherung. Wenn die Leistungen der Kassen in Breslau so auseinandergehen, so ist das kein Wunder. Eine Kasse mit viel weiblichen Mitgliedern kann nicht so viel leisten, als die Kassen, die hauptsächlich männliche Mitglieder haben. In Breslau sind 49 000 männliche und 35 000 weibliche Mitglieder. Die Betriebskassen haben verhältnismäßig viel weniger weibliche Mitglieder und die Innungskasse hat nur 4 weibliche Mitglieder. In den Krankenkassen stellen die weiblichen Mitglieder und die Lehrlinge verhältnismäßig die höchsten Ansprüche, denn für Arzt und

Breslauer Sommertheater.

(Viehdichs Establishment).

„Die Dame aus Trouville“, Vaudeville in 3 Akten nach dem französischen von Maurice Maeterlinck (deutsch: Moritz Nappoport, Musik von Gustav Wanda).

„Zum ersten Male“ ist sie nicht gekommen; schon vor mehreren Jahren hielt sie ihren Einzug in Breslau. Sie hat seitdem nichts von ihrer Lustigkeit eingebüßt und wenn sie einen Verehrer hat, wie es Herr Langendorf ist, dann wird sie wohl kaum vor der Zeit alt werden. Es lohnt sich schon, allein dieses originellen Komikers wegen, der eine sehr drohliche „Lehrer Vampel“-Maske hat, in das Theater hineinzugehen. Wie bedauerlich, daß man ihn nicht hier behalten kann! Denselben Wunsch kann man z. B. mit Bezug auf das Fräulein Frankhe nicht hegen; wenn diese entsetzlich gewöhnlichen Manieren gefallen, dem ist einfach nicht zu helfen. — Die Musik von Gustav Wanda — einzelne Nummern sollen dem Vernehmen nach von dem ständigen Kapellmeister, Herrn Nappoport, stammen — erhebt sich nirgends über das Niveau der Bretterhölzer; nur ist sie im allgemeinen sorgfältiger gearbeitet. Recht hübsch war ein Szenenbild.

Die Aufführung, deren Zeitdauer ruhig um den dritten Teil verkürzt werden könnte, war gut vorbereitet. Eine junge Reihe sehr komischer Typen wird recht wirksam durch die Herren Ellen, Heinz, Marich und Josef Bernau (alias Oskar Brandl) verkörpert. Es ist ein Junner, der den für Charakterrollen hochbegabten Herrn Fischer monatelang in bloßen Possenfiguren über die Bühne wandeln zu sehen. Selbstredend bleibt ein Künstler vom Schlage des Herrn Fischer auch in solchen Partien stets vornehm. Herr Sommerfeld verlor selbst die unbedeutende Charge des Floridor; der Herr macht einen durchaus dilettantenhaften Eindruck. Sehr gewandt waren die Damen Henrich, Herrg und Frau Dastert, deren reizvolle Tochter Grete einer Schatz hübsch ausgezogener Strandschiffchen, mit gutem Beispiel voranging. Das Orchester, welches im Winter selbst die schwierigsten Couplets schlagfertig unterstüzt, ist merkwürdigerweise nicht imstande, den einfachsten Chor rhythmisch richtig zu begleiten. Immer gab es Differenzen. Na, die Saison ist ja zu Ende! Einen guten neuen Anfang wünscht G. M.

Aus aller Welt.

Schwere Eisenbahnkatastrophe. Im Schiffs-Tale, in den Blue-Mountains, entlangte ein Zug, der Kriegerveteranen

die in Rochester an einer Kriegervereinsversammlung teilgenommen hatten, nach New York beförderte. 37 Personen sind tot, 70 verwundet. Der Abfuhr des Zuges erfolgte von einer Wahlbrücke, die über den Abfluß des Canandualquases führt. Der verlängerte Zug wurde von zwei schweren Lokomotiven gezogen. Durch ihre Schwere brach eine fehlerhafte Schiene. Zwei Wagen blieben auf der Brücke stecken, die ihnen zunächstfolgenden zwei leichten Passagierwagen wurden gegen den Brückenkopf geschleudert und stürzten vierzig Meter tief ins Wasser ab. Die Wagen wurden vollkommen zertrümmert. Die letzten Wagen des Zuges blieben stehen, da die Kuppelung brach. Die Toten sind meist alte Leute. Glücklicherweise war der Wasserstand des Abflusses ein niedriger, und dieser Umstand rettete vielen der Verwundeten das Leben. Das Rettungswerk wurde dadurch sehr verzögert, daß alle Telegraphen- und Telephondrähte zerrissen waren.

Die Frau Rija bleibt verschunden! Die bisherige Untersuchung ergab noch kein neues Resultat. Die in Barbezheim verhafteten Deutschen, ein Student und ein Schneider, sind wieder freigelassen worden. Sie haben wie vorausgesehen war, nicht das geringste mit dem verschwundenen Bild zu tun. Die Nachrichten, daß mehrere Beamte des Louvre entlassen werden sollen, wurden demeritert. Von Bestrafungen ist vorläufig noch nicht die Rede. Alle Beamte haben anlässlich ihrer Pflicht getan, und erst die Untersuchung wird dem Minister zeigen, wo die Verantwortlichen zu suchen sind. Der Louvre blieb gestern noch geschlossen, um die polizeilichen Nachforschungen zu ermöglichen.

Die Freilassung Richters. Da über den Verbleib Richters eine Nachricht von diesem selbst bei seiner Gattin in Jena noch immer nicht eingetroffen ist, haben die Zeitwerke am Sonnabend ein dringendes Telegramm an den deutschen Konsul in Salonik gerichtet und um Aufklärung gebeten. Eine Antwort ist bisher noch nicht eingetroffen, und man kann sich im Hause Richters und bei seinen Freunden gewissen Befürchtungen nicht ganz entziehen. Die Meldung, daß sich Richter in Ostrowo in Quarantäne befinde, begegnet Zweifeln.

Neuer Städtebrand in der Türkei. Nach Meldungen aus Smyrna ist die Stadt Mirdin durch eine große Feuersbrunst heimgesucht worden. Ungefähr 150 Häuser mit 250 Kaufläden sollen niedergebrannt sein; weiter sind zwei Moscheen, drei israelitische Tempel und zwei Schulgebäude ein Raub der Flammen geworden. Ob Menschenverluste zu beklagen sind, steht noch nicht fest. Nähere Einzelheiten über den Brand fehlen.

Fünffacher Mord. Ein entsetzliches Familiendrama, dem im ganzen sechs Personen zum Opfer fielen, hat sich Sonnabend nacht in dem etwa 800 Einwohner zählenden Dorfe Mendel im Kreise Friedberg in Hessen zugetragen. Der sechs- undzwanzigjährige Landwirt Wilhelm Gumbeloch drang nachts in das Anwesen seines Schwiegervaters Friedrich Eberhard ein und ermordete durch Wucherschüsse seinen Schwiegervater, seine Schwiegermutter, seinen Schwager, seine Schwägerin und seine Frau. Nach der Tat verblühte der Mörder, der offenbar in nicht zurechnungsfähigem Zustande handelte, Selbstmord.

Schweres Automobilunglück in England. Bei Consett in Durham (England) ereignete sich Sonnabend nachmittag ein furchtbares Automobilunglück. Ein Motorflugwagen fuhr am Fuß eines Hügel gegen einen Baum. Der Wagen wurde zertrümmert. Zehn Personen wurden getötet, viele verwundet.

Familientragödie. Eine blutige Familientragödie hat sich in Wienstein zugetragen. Die Frau des Arbeiters Krugli in Wienstein war mit ihrer zehnjährigen Tochter auf dem Bahnhofe eingetroffen und wollte sich zu ihren Eltern begeben. Auf dem Wege dorthin lauerte sie ihr Mann, der von ihr getrennt lebt, auf dem Felde auf. Er feuerte einen Schuß auf die Frau ab, der sie in den Kopf traf. Sie war sofort tot. Einen zweiten Schuß feuerte der Mann auf seine Tochter. Der Schuß ging jedoch fehl und das Mädchen entkam. Der Mörder schloß sich hierauf selbst eine Kugel in den Kopf und verletzte sich lebensgefährlich.

Juwelendiebstahl. Einer nach Berlin mit dem D-Zuge abfahrenden Aktivistin aus London nahlen Sonnabend auf dem Königsberger Hauptbahnhof internationale Diebe eine Tasche mit Schmuckstücken und Juwelen im Werte von 30000 Mark. Die Schmuckstücke sind eigenartig gefasst und größtenteils aus Amerika und Indien gekauft. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei waren bisher vergeblich. Die Bestohlene hat auf die Wiederbeschaffung der Juwelen eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Ein „Atheniade“ wird aus Morins gemeldet: In Athen Freitag abend erschien beim Gemeindevorsteher Pees in Morins ein Unbekannter und gab vor, beauftragt zu sein, die Kasse zu revidieren. Als Legitimation legte er ein Schriftstück mit gefälschter Unterschrift vor, die der Beamte für echt hielt. Nach der Revision verstand der Unbekannte mit 2000 Mark.

Medizin verlangen sie eben so viel, wie die Mitglieder mit den höchsten Beiträgen. Wer den schlechtesten Lohn hat, fällt der Klasse am meisten zur Last. Deshalb können viele Klassen nicht leistungsfähig sein. Nur eine Zentralisation, eine Zusammenfassung aller Kräfte, das gegenseitige Eintreten für einander kann es möglich machen, das Krankenvorwissen ausgebaut wird. Es ist keine Verteilung der Kräfte, wenn in einer Klasse Tausende männliche und nur wenige weibliche Mitglieder sind, während eine andere viele Tausende weibliche Mitglieder zählt, aber nur eine kleine Zahl männliche Mitglieder. Und auf dem Lande können sogar die Arbeitgeber mit 50 Leuten eine Betriebskassette errichten. Bei den Hilfskassen ist man schärfer vorgegangen, denn unter 1000 Mitgliedern soll keine haben. Au allem kommt noch, das den Arbeitern in den Ortskrankenkassen Rechte geraubt wurden, indem man sie wohl zwei Drittel der Beiträge zahlen läßt, aber ihnen nur die Hälfte der Einnahmen gibt.

Ein Teil der Klassen geht selbst zu Grunde, soweit sie keine 250 Mitglieder haben; die anderen müssen den Antrag auf Zulassung stellen. Das werden sie meistens nicht tun, und so wird die Zentralisation weiter kommen, wobei es freilich nicht ohne Schwierigkeiten abgehen dürfte. Wie in Frankfurt a. M. bekamen die Zentralisation im Jahre 1888. Sie aber in Breslau haben es jetzt schwerer, denn sie hatten mehr als 25 Jahre die Fertigstellung und die verschiedenen Leistungen, die zusammen mit dem Goaismus nicht so leicht die Zentralisation entstehen lassen. Man wird dem Arbeiter sagen müssen, daß er in einer gemeinschaftlichen Kasse am besten gestellt ist, während er heute je nach der Arbeit den verschiedenen Klassen angehört und dadurch Schaden erleidet. Denn jetzt eine Kasse nur auf Kosten einer anderen, die große Gefahren zu übernehmen hat. So heißt die eine Klasse einen Reservefond zu gründen, wenn in Zukunft nur 5% dem Reservefond zugewandt werden brauchen, so wird das von Nutzen sein.

Bis jetzt haben sie sich mit einem Lokalverband geholfen, der auch nicht alle Klassen umfasst. Da manche Verbände wollen überhaupt keine Zentralisation. Eine Kasse, die so unter dem Einfluß eines Mandanten steht, ist zu bedauern. Das zeigt, daß hier noch in einige kleine Klassenkassen herrschen. Das muß selbstverständlich ausbleiben. Die hunderttausende von Verwaltungskosten, die hier verschwendet werden, könnten nutzbringend für die Mitglieder angelegt werden. (Sehr richtig.) Die Zentralisation wird kommen, wenn Sie den festen Willen haben. Und über Breslau hinaus muß eine gute Organisation geschaffen werden. Haben Sie erst in Breslau eine Zentralisation, dann wird sich die Provinz daran ein Muster nehmen. Der Zusammenhalt der Kräfte führt eine leistungsfähige Kranken-Versicherung, ebenso wie in der Unfall- und Landes-Versicherung. Die 84 Klassen in Breslau können hier eine mächtige Zentralisation bilden, was auch für die Wahlen der Arbeitervertreter zur Unfall- und Invalidenversicherung von großem Vorteil sein würde.

Es entsteht nun die weitere Frage der Leistungen der Zentralisation. Da liegt ein großer Wert auf höhere Krankenkassen, das ist sehr anzusehen. Dabei kommt es nicht darauf an, das Krankengeld 52 Wochen hindurch zu zahlen, sondern in der zeitlichen Zeit möglichst viel zu geben, damit die Hilfe durchgehend ist. Während der Krankenhausbekämpfung ist die Not der Familie sehr groß; darum muß auch hier mehr gegeben werden an Krankengeld. Ebenso ist eine fröhliche Unterhaltung kein Selbstverleugern. Das von den Versicherungskassanten meistens nur dann übernommen wird, wenn 200 Markten gestellt sind. Die ganzen Mehrleistungen der K. A. O. werden nur auf dem Papier stehen, wenn wir keine Zentralisation bekommen. Die Wahrung der Mitglieder muß besser betrieben werden. In der Verwaltung und Verbeugung von Krankheiten kann auch nur die Zentralisation das notwendige tun. Der La. Spaiene-Ausstellung gesehen hat und das Zusammenwirken von Staat und Gemeinwesen zum Wohle der Volksgesundheit, der muß auch die Vereinigung der Kräfte im Klassenwesen fördern. Ohne Zentralisation geht es nicht vorwärts. Hier ist kein Goaismus am Plage, sondern Solidarität auch in der Krankenversicherung, wie überall im Leben und kämpfen. Befolgen wir das Goaismwort: Edel sei der Mensch, hilfreich und gut. (Zürn. Beifall.)

Sonnabend abend tagte im kleinen Saal des Konzerthauses eine Konferenz der Breslauer und schlesischen Krankenkassen, an der im ganzen 53 Klassen mit 130 000 Mitgliedern beteiligt waren. Auch hier war der einzige Beratungsgegenstand die Reorganisation der Krankenkassen und die Zentralisation. Dem Referat des Genossen Graf folgte eine längere Diskussion und die Vertreter gingen auseinander mit dem festen Vorsatz, die Zentralisation recht bald überall zu verwirklichen.

Der Stein ist nun ins Rollen gebracht, die Zentralisation der Krankenkassen steht im Mittelpunkt des Interesses aller Klassenmitglieder und Arbeitgeber, denen der Ausbau der Krankenversicherung wirklich am Herzen liegt. Hoffentlich bleibt es dabei! Mit einer Versammlung ist nicht alles getan; überall muß gerade bei den Klassenmitgliedern und Arbeitgebern die Auffklärungsarbeit einsetzen. Wenn die Zentralisation der Arbeiter und Angestellten, alle die Männer, Mädchen und Frauen in den Werkstätten und Fabriken, in den Läden und Kontoren von der Notwendigkeit der Zentralisation überzeugt sind, dann geht und muß sie endlich auch in Breslau segensreiche Wirklichkeit werden.

*** Der Schnaps wird schlechter!** Die Spirituszentrale hat, wie wir schon berichteten, kürzlich den Preis pro Hektoliter Prima'pirt um 5,80 Mark erhöht. Seit dem Inkrafttreten des neuen Branntweinsteuergesetzes ist der Branntweinpreis um 12,50 Mark gestiegen. Dies bedeutet für die agrarischen Schnapsbrenner eine Mehreinnahme von rund zwanzig Millionen Mark. Auf die Art haben sie es verstanden, die Schäden des Gesetzes und noch mehr die Nachteile des sozialdemokratischen Schnapsbrennens, was ihren Geldbeutel anbetrifft, zu beseitigen. Anders geht es den eigentlichen Spiritus- und Spirituswaren-Interessenten. Ihr Verband veröffentlicht jetzt eine geharnischte Erklärung, in der er der Spirituszentrale vorwirft, daß sie dem arbeitenden Gewerbe das schuldige Entgegenkommen angedeihen lasse. Die Organisation spricht von einer harten Zerschmetterung, die dadurch entstanden sei, daß man alle Nachteile des neuen Branntweinsteuergesetzes auf sie und ihre Mitglieder abgewälzt habe, während die eigentlichen Spiritusfabriken bis zu 20 Prozent Dividende verteilen! In Soner, mit den Reinigungsanstalten ist's auch noch ganz etwas anders! Der Verband der Spiritus- und Spirituswaren-Interessenten weiß dann offiziell auf den Weg, welchen jetzt das eigentliche Schnapsgewerbe nimmt:

„Jeder Demosk ist gezwungen, um überhaupt eine Erlaubnis zu finden und da eine Erhöhung der Preise für ihn unannehmlich ist, zu einer weiteren Herabsetzung der Alkoholstärke zu greifen. Es wird außerordentlich schwer sein, später wieder Werte in früheren Qualität auf den Markt zu bringen.“

Und kann es recht sein, wenn der Schnaps noch schlechter wird, befaßt doch jeder berufende Arbeiter den Beschlag des Süssiger Parteitages: Kampf dem Schnaps und seinen Helfern samt ihrer Regierung. Arbeiter, beachtet den Schnaps-Bericht!

*** Hausfrauen! In den nächsten Tagen werden die Vorstände der Gewerkschaften und des Sozialdemokratischen Vereins einberufen, was gegen die Milchversteigerung zu tun ist. Bis dahin ist der Milchbedarf auf äußerste einzuschränken.**

*** Die Ausstellung- und Versammlungshalle.** Auf dem alten Rennplatz in Scheitnig, wo die Ausstellungs- und Versammlungshalle errichtet werden soll, sind Anfang August die vorbereitenden Arbeiten ausgeführt worden. Jetzt ist durch die städtische Baudeputation auch die Vergabung des Baues erfolgt, so daß die Fundamentierung demnächst vor sich gehen kann. Die Arbeit ist, nach der „Schles. Ztg.“, der Aktiengesellschaft Dyckerhoff u. Widmann in Dresden übertragen worden. Sie gehört zu den 19 Firmen, die auf Grund einer öffentlichen Ausschreibung Angebote eingeleistet hatten. Die 19 Angebote schwankten zwischen 1.560.257 und 840.829 Mk. Das Angebot der gewählten Firma war mit 1.257.737 Mk. das dritthöchste. Nach dem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung, die von dem 1.900.000 Mk. veranschlagten Kosten 100.000 Mk. abgelehrt hat, muß der Vertrag mit der ausführenden Firma, der Stadtverordneten-Versammlung noch mitgeteilt werden. Ebenso soll vierteljährlich über den Stand der Arbeiten an die Versammlung Bericht erstattet werden. Diese besonderen Maßnahmen wurden mit Rücksicht auf die Neuartigkeit und Größe des Bauwerkes beschlossen. Denn es ist ein Neubau in Abmessungen, welche die tüchtigsten bisher ausgeführten Konstruktionen übersteigen. Die Spannweite der Kuppel beträgt 67 Meter, die Grundfläche mißt 6600 Quadratmeter, das Fassungsvermögen der Halle ist auf 3000 Personen geschätzt.

*** Tarichenjuchende** glauben oft, durch vieles Interieren in Tageszeitungen zu dem Gelde zu kommen, das sie so nötig brauchen. Die meisten bedenken dabei nicht, wie leicht sie Leuten in die Hände fallen, die es nur darauf abgesehen haben, die Not armer Männer und Frauen auszunutzen und sich selbst einen mitleidigen Gewinn zu verschaffen. Traurige Erfahrungen machte der Graveur K., der vor kurzem im General-Anzeiger ein Darlehen von 500 Mark „nur vom Selbstgeber“ suchte. Es meldete sich der Privatier Gerkenberg in Breslau, Feldstraße 30, der schriftlich und auch mündlich versicherte, das gewünschte Darlehen leicht zahlen zu können. Nur mußte K. für die einziehende Auskunft 3 Mark im voraus entrichten, die er an Gerkenberg gerne zahlte, in der Hoffnung, das Darlehen recht bald zu erhalten. Nachdem der Graveur keine 3 Mk. gezahlt hatte, ließ der Herr Geldgeber vorlauffig nichts von sich hören. Einmal erklärte er auf Verlangen, die Auskunft sei ungenügend gewesen und deshalb das Darlehen nicht zahlbar. Dem Graveur kam es merkwürdig vor, weshalb er ein polizeiliches Ermittlungsverfahren gegen K. einleiten ließ. Vor der Polizei erklärte der Beschuldigte, die erhaltenen 3 Mk. an ein auf der Infanteriestraße befindliches Anwaltsbüro gezahlt zu haben. Vor dem Schöffengericht in Breslau wiederholte er am Freitag diese Angabe, behauptete vielmehr, die Auskunft selbst im Hause des Graveurs eingeholt zu haben. Auch stellte er sich vor Gericht heraus, daß er das Darlehen garnicht selbst geben konnte, wie er anfangs angegeben hatte, sondern das Geld erst hätte vom Vorstandsverein in Breslau, wo er Mitglied ist, borzen müssen. Auch ist er verurteilt worden, sich in mancherlei Hinsichten zu entschuldigen. Das Gericht war der Meinung, daß der Angeklagte die Auskunft überhaupt nicht eingeholt und die 3 Mark rechtskräftig für sich verbraucht hat. Er wurde deshalb des Betruges für schuldig befunden und zu 24 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Vorlesende hatte bei Verhandlung des Urteils: „Eine Gemeingefährlichkeit liegt in dem Verhalten des Angeklagten vor, als er Leute an der Nase herumzieht, die das Geld notwendig brauchen.“

*** In Wahrung berechtigter Interessen.** Eine wichtige Streitfrage wurde in der Sitzung des Gewerbegerichts vom 25. August verhandelt. Der Chef einer Firma nahm wahr, daß verschiedene Gegenstände abhanden gekommen waren. Es fehlten besonders georgianische Karren, Anfahrtskarten und ein Fahrrad. Der Verdacht, diese Sachen entwendet zu haben, lenkte sich auf einen Hausbater der Firma. Die Polizei wurde in Kenntnis gesetzt, die eine Hausdurchsuchung vornahm, die jedoch erfolglos war. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren aus Mangel an Beweisen ein. Der Hausbater verließ auf Wunsch seiner Eltern die Stellung und flüchtete gegen die Firma auf Zahlung einer Entschädigung für zwei Wochen. Der Verfall erklärte, den Kläger nicht entschuldigen zu haben, zur Anzeige aber berechtigt gewesen zu sein, da der Verdacht nur auf den Kläger fallen konnte. Der Kläger dagegen gab an, daß er wegen der Kränklichkeit, die ihm angetan wurde, unzulässig in der Stellung bleiben konnte. Das Gewerbegericht miß dem Kläger mit seinem Antrage ab. Festgestellt ist, daß der Kläger nicht entlassen worden sei. Wenn der Verfall wegen Diebstahls Anzeige machte, so habe er das in Wahrung berechtigter Interessen getan.

*** Aus der Expeditionsbranche.** Ein Lehrling, der in einem Expeditionsbüro beschäftigt war, erbielt vom Chef den Auftrag, auf dem Oberbahnhof einen Korb für einen Waggon Ware einzuladen; den Betrag hierfür erhielt er mit 60 Mk. ausgehändigt. Der Lehrling, der noch anderes zu tun hatte, löste den Korb nicht selbst ein, sondern gab das Geld dem Expeditionsleiter und dieser verlor, die Sache zu befragen. Der Richter übergab jedoch das Geld einem Dritten, der sich erbot, die Frucht zu bezahlen. Dieser aber ging mit dem Gelde durch. Der Chef mußte den Betrag noch einmal zahlen. Dem Lehrling wurden Souvenire über sein leichtfertiges Handeln gemacht und 50 Mark vom Korbgeld entzogen. Wegen dieses Betruges klagte der Lehrling im Verstande des Vaters vor dem Kaufmannsgericht. Der Beklagte verlangte die Herausgabe der Kasse. Der Lehrling sei beauftragt gewesen, die Frucht zu bezahlen und durfte das Geld nicht aus Händen geben; es sei übrigens Brauch in der Expedition, daß ein Kontorangestellter und nicht der Käufer die Kasse einbringt. Das Kaufmannsgericht hielt es für angebracht, einen Sachverständigen zu vernennen. Dieser fand, daß es ein solcher Brauch nicht besteht; wenn es an Zeit gebräuchlich, befragt auch der Käufer die Expedition. Im übrigen war der Sachverständige der Ansicht, daß der Lehrling im guten Glauben gehandelt habe. Der Richter hand schon ein halbes Jahr in Zinsen des Geschäftes; da wurde der Lehrling ihm das Geld anzuvertrauen. Wenn dieser es einem Dritten übergeben, so trafe den Käufer die Schuld und nicht den Lehrling. Das Kaufmannsgericht schloß sich dieser Ansicht an und verurteilte die Firma zur Zahlung der klägerischen Forderung.

*** Aus der Pamentenaktion.** Wir erhalten folgende Zuschrift: „Die Verdrängung“ der Firma Epstein und Süssmann, Neudorfstraße, bringt uns, das Verhalten der Firma gegenüber ihren Angestellten und vor allem den bestehenden gegenseitigen Beziehungen gegenüber, unter die Lupe zu nehmen. Wenn die Firma behauptet, jeder ihrer Angestellten habe Ferien bekommen, so ist das umso merkwürdiger, als ihr ja bekannt ist, daß man mindestens eine Kasse, die gegen sie schreibt, sich daraus entziehen hat, daß Ferien erst verprochen, später aber verweigert wurden. Bittet die Firma etwa das Personal, das inzwischen aus diesem Grunde abgegangen ist? Wir bitten, sollte es die Firma verlangen, mit Namen. Ebenso natürlich ist die Behauptung, daß die am 28. März d. J. arbeitsunfähig erkrankte Angestellte am Tage ihrer Erkrankung „arbeitsfähig“ aus dem Geschäft ausgeworfen sei, weil ihre Krankheit längere Zeit dauern konnte. Die Firma verweigert, daß solche Ermahnungen als den besten Seiten widersprechend, unangelegentlich sind, einmal sie sich von den Angestellten noch dankend unterscheiden läßt, daß diese ihre Ansprüche voll befriedigt sieht. Als klägerischer Beweis dafür, daß diese Sache nur so und nicht anders vor sich gegangen ist, mac

bienen, daß es ja nicht zum ersten Male passierte, daß Angestellte der Firma auf die ihnen nach § 63 des P.-G.-B. gesetzlich zustehende Gehaltszahlung für sechs Wochen freiwillig verzichtet haben. Die Handelsbuchungskommission muß sich mit der Firma Epstein und Süssmann schon seit längerer Zeit beschäftigen, da in ihrem Vertriebe die Bestimmungen über die Arbeitszeit, über Sonntagsruhe usw. nicht gehörig beachtet werden. Im übrigen wird ja der Kampf gegen solche Unternehmer hauptsächlich durch die Organisation gefördert werden müssen. Wir werden deshalb auch auf fernere Verhörungen, da uns die Spalten unseres Blattes dafür zu teuer sind, nicht mehr antworten. Den Angestellten möchten wir aber auch hier zurufen: Jeder Angestellte verdient die Verhandlung, die ihm zuteil wird. Wer eine Klage einbringen will, der trete ein in den Zentralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands; dann nur wird es besser werden.

*** Das Oberbergamt in Breslau,** das bisher Neue Taichenstraße 2 untergebracht war, ist in der vergangenen Woche in seinen Neubau auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz umgezogen. Eine Einweihungsfeier soll am 21. September abgehalten werden. Die Baukosten des neuen Oberbergamts betragen 600 000 Mk. Die alten Büroräume auf der Neuen Taichenstraße werden für die Einkommensteuer-Veranlagungskommission für den Stadtkreis Breslau hergerichtet, denn diese Behörde kann nicht länger in den Räumen des Märktischen Bahnhofes bleiben, weil er in eine große Güterbahnhofsanlage umgebaut wird.

*** Verurteilte Telegraphendiebstahle.** Im Mai 1911 wurden in der Breslauer Umgegend, besonders hinter dem Gaudauer Gezierplatz, wiederholt die Telegraphendrähte durchgeschnitten und gestohlen, wodurch der Fernsprechverkehr argen Störungen erlitt. Obwohl die Oberpostdirektion hohe Belohnungen auf die Ergreifung der Täter ausgesetzt hatte, gelang es zunächst nicht sie abzufassen. Erst mit Hilfe eines Volkshundes kam man den Spitzhunden, die mit Steigbügel an den Telegraphendrähten emporgeschleiert waren, auf die Spur. Der Drahtläufer war der Arbeiter Eugen Spruntz in Breslau, der mit dem Maurer Max Blant gemeinschaftlich gearbeitet hatte. Auf Diebstahlsverurteilung wurde der Arbeiter Richard Wier, während der Arbeiter Max Kutsche für den Abzug des Drahtes beim Produktenhändler Bruno Wagner sorgte, der ihn zu Perlepreisen kaufte. Die gestohlene Beute wurde von den Tieren jedesmal in einem Wasserloch am Kofeler Damm versenkt und dann fortgeschafft. Jetzt standen die Tische und der Gelehrer vor der I. Breslauer Verurteilungskammer, die folgende Strafen festsetzte: Spruntz erhielt zwei Jahre und sechs Monate Zuchthaus, Böser zwei Jahre Gefängnis, Blant zusätzlich zu einer noch zu verbüßenden Strafe von Monate. Kutsche wegen einfacher Diebstahls sechs Monate Gefängnis. Wagner, der sich wegen Diebstahls in strafschweren Fällen befand, wurde zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt.

*** Der verschmundene Ballen Mehl.** Ein Kutscher einer Mehlhandlung lud 16 Ballen Weizenmehl und 10 Ballen Roggen auf. Das Weizenmehl hatte er an drei Kunden, den Roggen nur an einen abzuliefern. Der Bäcker, der die 10 Ballen Roggen zu erhalten hatte, beschwerte sich bei dem Lieferanten, nur neun Sack bekommen zu haben. Der Kutscher wurde befragt, ob das richtig sei. Dieser behauptete, aus Versehen bei einem anderen Bäcker außer den bestellten fünf Sack Weizen auch einen Sack Roggen abgeladen zu haben. Da der Kutscher mit aller Bestimmtheit darauf bestand, wurde der Kunde auch mit einem Ballen Roggen befreit. Der Kunde war darüber sehr ungeduldig und verweigerte die Zahlung des zehn Ballen. Nun verlangte der Mehlhändler vom Kutscher Bekundung, und da er nicht zahlen wollte, wurde er dem Gewerbegericht wegen 24 Mk. verklagt. Der Verfall versicherte hoch und teuer, der Ballen Roggen sei bei dem Bäcker W. abgeladen worden. W. wurde als Zeuge geladen. Er erklärte, er könne beschwören, keinen Roggen erhalten zu haben. Der arme Kutscher wurde nach dem Antrage verurteilt, an die Firma 21 Mk. zu zahlen.

*** Ueber die Oberschiffahrt** wird gemeldet: Die Witterungslage hat sich auch in der abgelaufenen Woche nicht wesentlich geändert. Das Obergebiet hatte nur unwesentliche Niederschläge. Leberwiegend war die Witterung heiter und trocken, der Wasserstand hat sich daher nicht aufgebessert, der Schiffsverkehr ist also auch jetzt noch zum Stillstand gekommen. Auch die Elbe- und Havelstschiffahrt ruht, die Situation ist nur auf der ganzen Linie unverändert.

*** Soldatennißhandlung!** Der Leutnant Wilhelm von Wittlich und Gaffron vom schlesischen Jägerbataillon Nr. 6 in Dels stand vor dem Kriegsgesicht, angeklagt der Mißhandlung eines Untergebenen. Die Verhandlung war unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Urteil lautete: Der Leutnant wird wegen Mißhandlung eines Untergebenen mit zehn Tagen Stubenarrest bestraft. Der Verhandlungsführer erbot bei der Urteilsbegünstigung: Der Leutnant hatte die Aufsicht auf dem Schiffsstand. Ein Jäger schoß zu kurz, der Leutnant ermahnte ihn und ließ sich dann dann hinreißen, dem Jäger vier Ohrfeigen und einen Schlag mit einem Lineal zu geben. Das Kriegsgesicht nahm einen mildernden Fall an.

*** Verhaftung.** Wie die „Brodauer Zeitung“ meldet, ist ein auf dem Dominium Sääwzig, Kreis Breslau, beschäftigter galizischer Arbeiter, der sich in letzter Zeit durch größere Geldausgaben und Geschenke an polnische Mädchen vornehmlich machte, unter dem Verdacht des Diebstahls auf der Landstraße verhaftet worden. In seiner Verhaftung wurde nichts Verdächtiges gefunden, aber in einem Taschentuchtrager 20 000 Mk. in deutschem und russischen Gelde und in Wertpapieren bei sich. Man vermutet, daß das Geld von den Bankentrüben in den russischen Grenzstädten herrührt. Der Arbeiter wurde nach dem Breslauer Polizeigericht gebracht.

*** Vergehen gegen die Sittlichkeit.** Wir berichteten kürzlich von dem Barabandadministrator Werno Niewitsch aus Hürke, Kreis Lissa i. P., der sich in Breslau in den Anlagen am Festingplatz vor einigen Schuimädchen unzüchtig benommen hatte und dafür vom Schöffengericht in Breslau wegen Vergehen gegen § 188 des Strafgesetzbuchs zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. Damit war der geistliche Herr nicht zufrieden, weshalb er Berufung einlegte, die aber von der Breslauer Strafkammer auf seine Kosten verworfen wurde. Die drei geladenen medizinischen Sachverständigen erklärten Niewitsch für völlig zurechnungsfähig.

*** Frommer Eifer.** Auf dem Hinterperron eines Straßenbahnwagens stand im vorigen Monat das Fräulein St., das in dem Rufe großer Frömmigkeit steht. Als der Wagen über die Festingbrücke fuhr, fragte ein mitfahrender Fremder den Schaffner, was das für ein Zorn sei, her da hinter der Kaiserbrücke aufsuche. Das ist der Zorn der Breslauer Lutherkirche, antwortete der Schaffner. Das fromme Fräulein glaubte aber aus dem Munde des Schaffners das Wort „Lutherkirche“ gehört zu haben, was sie iles verzie. Sie schrieb an die Direktion der Straßenbahn einen geharnischten Brief, der auch beleidigende Stellen hatte. Der Schaffner war in dem Schreiben als „unverschämter Mensch“ und sein Verhalten gegenüber dem Fremden als ein „im höchsten Grade gemeines“ bezeichnet worden. Fräulein St. wurde deshalb vom Schaffner auf dem Wege der Privatklage zur Rechenschaft gezogen. Vor dem Breslauer Schöffengericht zog es das Fräulein vor, sich mit dem beleidigten Schaffner zu vergleichen und sämtliche Gerichtskosten zu übernehmen.

*** Schuppenbrand.** In Rundschieß bei Breslau ist Sonntag vormittags gegen 11 Uhr eine Feuerschnecke, die mit Getreide angefüllt war, vollständig ausgebrannt. In etwa zehn Minuten war sie ein Haub der Flammen und jede Sicherheit vergeblich. Aus Brodau, Ostschin, Woschuniz und mehreren anderen Dörfern waren die Feuerwehren zur Stelle, doch konnte nichts gerettet werden. Der Schaden ist sehr bedeutend, aber durch Versicherung gedeckt. Die Schenke in Rundschieß gehört dem Rittergutsbesitzer Schottländer in Partsch, dem in der letzten Woche bereits drei Getreideschuber verbrannt sind.

Ein neues Kopfblatt der „Volkswacht“.

Mit dem 1. September d. Js. erscheint, vorläufig noch in unserem Verlage, ein neues Organ für die Bevölkerung des Waldenburger Wahlkreises, die bisher schon das Breslauer sozialdemokratische Organ in vielen Exemplaren abonnierte. Der Titel des neuen Blattes heißt

„Schlesische Bergwacht“

Sozialdemokratisches Organ für das niederschlesische Industriegebiet

und in demselben wird den Angelegenheiten des Wahlkreises Waldenburg besondere Aufmerksamkeit und ein breiter Raum gewidmet sein. Zur Bearbeitung dieses Teiles der Zeitung scheidet Genosse Richard Schiller, der über 3 Jahre an der „Volkswacht“ tätig war und in letzter Zeit die Waldenburger Angelegenheiten bereits bearbeitete, nach Waldenburg über, während Genosse Buscher-Waldenburg die Stelle des verantwortlichen Redakteurs übernimmt.

Das unter der Führung des Fürsten Pleß stehende niederschlesische Grubenkapital hatte in aller Heimlichkeit die Gründung eines neuen „nationalen Tageblattes“ vorbereitet, das Mitte September oder Anfang Oktober erscheinen wird. Die Sozialdemokraten erfuhren von dem Plane und beschloßen, die Grubenangelegenheiten um zwei Perioden zu verschieben, ihr Blatt wird schon vom 1. September ab erscheinen. Es ist vorgesehen, das neue sozialdemokratische Organ binnen kurzem in Waldenburg selbst zu drucken und wir wünschen dem neuen Mitarbeiter in unserer Provinz ein kampfkräftiges und eine lange Reihe sozialistischer Siege im Interesse des Proletariats!

Die Wahlstunde. Der Magistrat macht bekannt, daß er die Wahlstunde für die Wahlmänner- und Frauenwahlen Montag, den 6. November, auf 1 Uhr Mittag festgesetzt hat.

Ein Parteitag der schlesischen Nationalliberalen soll am 30. August in Breslau abgehalten werden; er wird sich mit inneren Angelegenheiten und der Marokkofrage beschäftigen.

Ein Korrespondenztag sollte am 2. September in Breslau veranstaltet werden. Man muß aber wohl eingeschaut haben, daß es besser ist, wenn er unterbleibt, denn der Polizeipräsident hat angeordnet, daß am nächsten Sonnabend für die Veteranen nicht gesammelt wird.

Ein Aufruf. Durch Reichsgerichtsurteil ist die Müller'sche Erbschaft der Breslauer Freien Religions-Gemeinde abgebrochen und so der letzte Wille eines Sterbenden zunichte gemacht worden, weil die Gemeinde als freie Religions-Privatgesellschaft in Preußen nicht rechtsfähig ist, trotz ihrer Eintragung ins heilige Verzeichnisse.

Daher für oder gegen einen religiösen Standpunkt Partei nehmen zu wollen, empfinden die Unterzeichneten dies höchst als eine harte Ungerechtigkeit in den preussischen Rechtsverhältnissen, da der moderne Kulturstaat prinzipiell allen Religionsgesellschaften gleiches Recht gewährt, nicht die einen gewaltsam begünstigen, die anderen gewaltsam niederknallen sollte.

Um tatkräftigen Protest in diesem Sinne zu erheben, der schwer geschädigten und bedürftigen Breslauer Freien Religions-Gemeinde zu den etwa 10.000 Mark des entgangenen Erbes den nach zu verfahren und den letzten Willen eines Letzten zur Ausführung zu bringen, fordern die Unterzeichneten auf: Zusendungen für die entlebte Gemeinde an deren Prediger, Gustav Tschirn, zu richten, und zwar durch Einschaltung bei der Breslauer Disconto-Bank auf das Konto des Genannten. Oeffentliche Lüttung erfolgt vom 1. Oktober d. Js. an in der Wochenchrift des Bundes freier religiöser Gemeinden Deutschlands „Die Gottesfreiheit“ besgl. in der Frankfurter Halbmonatschrift „Das freie Wort“, und geht allen Einsendern zu. Geh. Aufsicht Zeige, Breslau, Wirtl. Geh. Rat Prof. Ernst Haedel, Czernitz, Jena. Mag. Senning, Herausg. des „Freien Wort“ Frankfurt a. M. Geh. Rat Prof. Dr. W. N. Walb, Hr.-Rat i. Sa. Unt.-Prof. Dr. Plate, Jena, Dr. H. Fungst, Frankfurt a. M. Unt.-Prof. Dr. Luithe, München. Kammerrentier Karl Scholz, Mainz. Frau Adèle Schreiber, Berlin. Frau Marie Stritt, Dresden. Pred. G. Tschirn, Vorsitzender des Bundes freier relig. Gemeinden Deutschlands und Präsident des deutschen Freidenkerbundes, Breslau VII. Dr. Bruno Wille, Friedrichshagen.

Die Bevölkerungszahl der Stadt Breslau betrug nach der Fortschreibung Ende Juni 518.780; sie ist damit hinter die für den Monatsanfang berechnete Einwohnerziffer um 425 Personen zurückgegangen. Diese Abnahme kommt wie im gleichen Monat der früheren Jahre wieder auf Rechnung der Abwanderung, die diesmal 699 Personen umfaßt. Nach derselben Richtung wirkte auch ein Rückgang in der natürlichen Bevölkerungszunahme der Stadt, denn der Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen (+ 156 m. und + 118 w.) war der kleinste der ersten Hälfte von 1911. Die Ursache dafür wieder lag in einer starken Verminderung der Geburtenzahl: 23 Knaben und 76 Mädchen wurden weniger geboren als im Mai. Die Zahl der Todesfälle hat sich dagegen im Vergleich zum Vormonat wenig geändert. Auf Kinder unter einem Jahre kam dabei wieder ein größerer Bruchteil als früher: ihr Prozentsatz stieg von 26,1 auf 29,3 Prozent und zwar allein durch eine größere Sterblichkeit unter den Mädchen. Unter den Haupttodesursachen treten hier wie im Vormonat die Magen- und Darmkatarrhe besonders hervor. Von Erkrankungen, die der Polizei gemeldet werden mußten, hat Typhus und Scharlach eine größere Zahl als vorher aufzuweisen, Diphtherie zeigte dagegen sehr beträchtlichen, und granuloöse Augenentzündung mäßigen Rückgang.

Statistischer Wochenbericht. In der Woche vom 19. bis 19. August sind nach Zusammenstellungen des statistischen Amtes 73 Ehen geschlossen worden. In der Vormoche wurden 286 Kinder geboren, davon waren 224 ehelich, 62 unehelich, 276 lebend geboren (192 m., 144 w.), 10 todtgeboren (7 m., 3 w.); mit den nachträglich gemeldeten Fällen sind 255 Sterbefälle (131 m., 124 w., darunter 22 Totstreuungen) in der Berichtwoche gezählt worden. Von den Gestorbenen waren 128 unter 1 Jahr alt (95 ehelich und 33 unehelich geboren). An Todesursachen kamen vor: Diphtherie 1, Tuberkulose 30, Krankheiten der Atmungsorgane 14, Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall 97, Selbstmord 3, Unglücksfälle 4 und alle übrigen Todesursachen 106. Im übertragbaren Krankheiten wurden polizeilich gemeldet: Diphtherie 7, Scharlach 15, ägyptische Augenkrankheit 3, Unterleibstypus 9.

Der Zentralverband der Schuhmacher (Zahlstelle Breslau) veranstaltet Dienstag, den 29. August, abends 8 Uhr, im Cafe Restaurant, Karlsstraße 87, eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: Die Verhältnisse der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten auf ihrem Verbandstage in Dresden, die Bedeutung für die Arbeiter. Es wird zahlreicher Besuch erwartet.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Mittwoch, den 29. August, abends 6 1/2 Uhr bei Wille, Gräblichenerstraße 74, Versammlung des 14. und 15. Bezirks. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Veitert über das Thema: „Ein Tag im Arbeiter-Sekretariat“. 2. Bezirksangelegenheiten. Das Erscheinen aller Kollegen erwartet.

Achtung, Parteiführer! Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß Berlin nach wie vor für Parteiführer gesperrt ist. Wir warnen deshalb vor Bezug nach Berlin. Die Ortsverwaltung.

Tabakzucker-Verband. Eine wichtige Vertrauensmännerversammlung wird Donnerstag, den 31. August, abends 7 1/2 Uhr, im Nachweilokal „Stadt Wien“, Malerstraße 28, abgehalten, zu der jede Werkstatt, auch ohne besondere Einladung, einen Delegierten zu entsenden hat. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Handlungsgeschäften und Geschäftsinnen. Mittwoch, den 30. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3/4: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Der Bund der kaufmännischen Angestellten. Referent: Kollegin Gellrich. 2. Diskussion. 3. Verbandangelegenheiten und Verschiedenes. Beginn der Versammlung pünktlich um 9 Uhr. Der Vorstand.

Formen, Kernmacher und Vieherei-Hilfsarbeiter. Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß die Versammlung der Formen, Kernmacher und Vieherei-Hilfsarbeiter am 28. August anderer wichtiger Dinge wegen ausfallen muß. Die Ortsverwaltung.

Straßensperrung. Wegen Erneuerung wird die Brücke, die auf dem Wege von Gräblich nach Groß-Nachborn, unweit der Freiburger Eisenbahn, über die Lohe führt, auf acht Wochen gesperrt.

Sommer-Theater. (Viehbichs Etablissement.) Montag acht „Die Dame aus Trouville“ zum dritten Male in Szene. Im Varien ein von der Kapelle des 51. Regiments unter Leitung des Kapl. Obermusikmeisters H. Sobanski ausgeführtes Extrakoncert.

Zeligarten (Einziges Sommer-Variete). Montag: Konfuzius. Weibchen zwischen Herrn C. Weibchen und Herrn Max Jäckel, Stenograph des Ableiten-Klubs „Apollo“, preisgekrönt mit dem ersten Preis in internationalen Konkurrenzen, u. a. in Japan, China und Indien.

Zusammenstoß zweier Radfahrer. Ein Mechaniker und ein Fleischhacker stießen zu Pferde auf der Taschenstraße, Ecke Ohlauerstraße, vor einigen Tagen mit solcher Wucht zusammen, daß beide stürzten. Der Fleischhacker trug eine Wunde mit Fleisch auf der Schulter, die im Bogen auf die Straße geschleudert wurde und in Stücke ging, wobei das Fleisch auf den Straßendamm rollte. Die beiden Radfahrer klopften mit leichten Verletzungen davon und auch ihre Räder sind nicht bedeutend beschädigt worden.

Tödtlicher Unfall von der Treppe. Sonntag früh nach 2 Uhr wurden Mannschaften der Feuerwehr nach dem Hause Waldenstraße 7 gerufen, um einem Einwohner Hilfe zu leisten, der aus dem zweiten Stockwerk über das Treppengeländer, das dort aus einer einfachen Eisenstange besteht, in den ersten Stock abgestürzt war. Alle Hilfe war vergebens, da der Verunglückte, der dort im 4. Stock wohnende Maler Weidner, einen Genickbruch erlitten hatte und sofort gestorben war. Seine Leiche wurde ins Verdinghausausgeliefert.

Ein Saalbrand rief die Wehr am Sonntag vormittag kurz vor 11 Uhr nach dem Grundstück Schrotgasse 4 oder Matiasstraße 14 (Goldene Sonne). Dort wird das Erdgeschoss und der im 1. Stock befindliche etwa 120 Quadratmeter fassende Saal ausgebeffert und erneuert. Vermutlich durch Brandstiftung ist im Saale um die angegebene Zeit Feuer ausgebrochen, das zuerst den Fußboden ergriffen hatte. Man fand dort noch die Reste von kleinen aus Papieren und Holzern hergestellten Däuischen, die wahrscheinlich böswillig hergestellt und angezündet worden sind. Als die Wehr anrückte, war der ganze Saalraum so verqualmt, daß erst die Fenster eingeschlagen werden mußten, um dem Rauch Abzug zu verschaffen. Die Wehr löschte dann das Feuer, das die Dichtung in einem Umfange von etwa 20 Quadratmeter ergriffen hatte, bald mit einem Schlauchgange und stellte dabei fest, daß auch die ganze Balkenlage und das aus Sägespänen bestehende Füllmaterial zwischen dem Fußboden des Saales und der Decke des Erdgeschosses ins Glühende geraten war. Es mußte deshalb der Saalfußboden in weitem Umfange aufgespart werden, um den Brand bis ins Einzelne völlig zu löschen, was bis nach 12 Uhr dauerte. Der entstandene Schaden ist nicht bedeutend.

Feuerschaden. Auf der Hundsfelder Chaussee, in der Nähe der Hundsbrennerei, geriet am Sonntag nachmittags 4 Uhr ein dem Kohlenhändler Scholz aus Breslau gehöriger Wagen in Brand; seine Ladung, Heu und Stroh und mehrere Zentner Kartoffeln, wurden von den Flammen vernichtet. Das Pferd konnte gerettet werden, ebenso ein Teil des Wagens. Die Feuerwehr löschte den noch glühenden Wagen und räumte die stark rauchenden Ueberreste aus dem Wege. Die Entstehungsurache konnte nicht festgestellt werden.

Zinbenbrand. Sonntag abend gegen 8 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Sternstraße gerufen. Im Hause Nr. 68 war im 4. Stock ein Brand entstanden, der bald gelöscht werden konnte. Die Feuerwehr rückte nach kurzer Zeit wieder ab.

Ein Kellerfeuer entstand am Montag früh kurz nach 7 Uhr in einem Kellerraum der Druckerei der „Schlesischen Ztg.“. Dort lagerten die Matulaturpapiere war auf unermittelte Weise in Brand geraten. Die Wehr löschte das Feuer in einigen Minuten, hatte aber mit den Aufräumungsarbeiten fast 1 1/2 Stunden lang zu tun.

Wegen Unterschlagung verhaftet wurden die Geschwister Perber und Engelb. Wollas, Nikolaistraße 47. Elisabeth Wollas war bei der Firma Vernstem in Stellung und hatte am 24. August von dem Chef der Firma 1100 Mk. erhalten, die sie bei einer hiesigen Bank einzahlen sollte. Ihr Bruder, der schon seit längerer Zeit pflichtlos war, wußte seine Schwester dahin zu überreden, daß sie die Summe an ihn ausliefern; er wollte damit nach Amerika ausziehen. Sie übergab ihm also die Kassetten mit dem Gelde und er fuhr damit zunächst nach Kienburg, während sich die Schwester nach Dömitz zum Tante begab. Als sie bis zum Abend nicht wiederkam, schöpste der Chef Verdacht, suchte nach ihr und ließ sie in Dömitz festnehmen. Bei ihrer Vernehmung erklärte sie zunächst, daß ihr die Tasche mit dem Gelde gestohlen worden sei, jagte aber schließlich die Wahrheit. Perber Wollas, der ebenfalls verhaftet wurde, erzählt, er sei auf einer Bank im Gehenspart eingeschlagen und dabei sei ihm das Geld geraubt worden. Die Kriminalpolizei erbittet Angaben zur Ermittlung des Geldes nach Zimmer 60 des Polizeipräsidiums.

Weserkergeret in Morgenau. Vom Lang und Franz ergibt sich in der Nacht zu Montag in Morgenau zwei Männer in Streit geraten, die zuletzt in eine Schlägerei ausartete. Der Schiffer Fluske griff zum Messer und verletzte seinen Gegner, dem Güterbodenarbeiter Paul Panke, Adlerstraße 10, einen tiefen Stich in die Brust. Der Schwerverletzte wurde am Mitternacht in das Wenzel Handekrankenhaus eingeliefert; sein Zustand ist bedenklich. Der Angreifer ist flüchtig geworden.

Straßenunfall. Aus der Straßentrennung der Ohlauerstraße und Schußbrücke fuhr am 26. August ein Omnibus einen Handwagen so hart an, daß dieser zur Seite geschleudert wurde, sein Führer zu Fall kam und mit einem Fuß unter den Omnibus geriet, von dessen Rade dem Wanne die große Behe abgequetscht wurde.

Kassettendiebstahl. Sonntag nachmittag ist in die Wohnung des Rentiers und Hausbesizers May, Verdainstr. 16, ein Einbrecher eingedrungen und hat eine große eiserne Geldkassette mit Inhalt gestohlen. Man weiß seit Wochen in der Sommerfeste und die Wohnung wird nur von einem Dienstmädchen beaufsichtigt, das den Einbruch gar nicht bemerkt hat.

Verloren wurden Sonntag vormittag auf dem Wege von der Brunnenstraße nach der Sedanstraße zehn Beitragsmarken zu je 85 Pf. Wert. Der Finder wird ersucht, sie dem Beklerer, Bauarbeiter F. Keller, Meudorffstr. 50 (Seltenhaus partier), abzugeben.

Gefunden wurden ein silbernes Kettenarmband, ein Paket enthaltend Zigaretten, ein grauer Sommerübergießer enthaltend Militärpapiere.

Neueste Nachrichten.

Zu den Lohnbewegungen.

Schemnitz, 28. August. Am nächsten Dienstag werden die Verhandlungen zur Verhinderung des Ausstandes in der Metallindustrie wieder aufgenommen werden.

Hamburg, 28. August. Die Hamburger Elektromonteur und Helfer treten in eine Lohnbewegung ein. Sie unterbreiteten dem Unternehmerverbande einen neuen Lohnarif, auf den sie bis zum 31. d. Mts. Antwort fordern.

Lissabon, 28. August. Infolge des sich in den letzten Tagen immer mehr ausbreitenden Lasträger-Ausstandes kam es zu scharfen Zusammenstößen mit dem Militär. Der Minister des Ausstandes wurde verhaftet.

Bauernunruhen in Rußland.

Petersburg, 28. August. In der Nähe der Station Rudischki, unfern der deutschen Grenze, sind größere Bauernunruhen ausgebrochen. Militär ist zur Unterdrückung abgegangen.

Spanien im Marokko-Konflikt.

Paris, 28. August. „Journal“ berichtet aus Madrid: Die Nachricht, wonach die französische Regierung sich anschickt, von Deutschland volle Freiheit in Marokko zu verlangen, um ein französisches Protektorat zu begründen, hat in den spanischen amtlichen Kreisen tiefen Eindruck gemacht. Man ist zwar keineswegs gegen das französische Vorgehen aufgebracht, sondern überzeugt, daß es sich nur um eine französische Einflusphäre handelt, da ein Protektorat Frankreichs über das ganze iberische Reich eine Vergrößerung der bestehenden Verträge bedeuten würde und eine Bedrohung der Rechte Spaniens in seiner Einflusphäre wäre. In gut unterrichteten Kreisen legt man daher eine große Ruhe an den Tag und ist davon überzeugt, daß die in Umlauf gelassenen Gerüchte unrichtig sind, das französische Vorgehen würde mit der Oberhoheit des Sultans aufträmen und das Prinzip der Integrität des marokkanischen Reiches vernichten.

1200 Kilometer in 15 Stunden!

Paris, 28. August. Der französische Pilot Belles hat, wie aus Chalons sur Marne gemeldet wird, 1200 Kilometer in 15 Stunden durchfliegen und damit den Michelin-Preis erlangt gewonnen. Belles unternahm auf einem Eindecker von Mourmelon aus einen Rundflug, der ihn über Bethune und Soumeville führte. Die Landung erfolgte in Mourmelon. Es ist das erste Mal, daß mehr als 1000 Kilometer an einem Tage im Flugapparate zurückgelegt worden sind.

Abgestürzt!

Büsch, 29. August. Der Aviatik Siedler, der gestern nachmittags in Bregeuz aufstieg, stürzte bei einer Kurve, etwa zweihundert Meter vom Ufer entfernt, aus dreißig Meter Höhe in den Bodensee. Der Flieger, der zum Glück mit einem Schwimmgürtel versehen war, wurde bald von einem Boote aufgefischt. Der Apparat konnte aus fünf Meter Tiefe gehoben werden. Ein Flügel am Apparat war vollständig zerichmetert, ein Propeller doppelt gebrochen.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Table with 10 columns: Station, Pegel, Wasserstand, etc. Data for stations like Breslau, Glogau, etc.

Versammlungen und Vereine.

- Arbeiter-Sekretariat Breslau. Nikolafstraße 18/19. Sprechst. Vorm. 11-1 Uhr, Nachm. 5 1/2-7 1/2 Uhr (außer Sonnabend Nachmittags). Gewerkschaftshaus. Montag, den 28. August: Klubver. Versammlung im Zimmer 2. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7. Dienstadtarbeiter. Versammlung im Saale. Lithographen u. Steinbrucker. Versammlung im Zimmer 1. Arbeiter-Radfahrer. Versammlung im Zimmer 1. Arbeiter-Versammlung im Zimmer 2. Handlungsgeschäften. Versammlung im Zimmer 3. Donnerstag, den 31. August: Französischer Literaturklub. Abends Punkt 8 Uhr im Villard-Zimmer. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7. Freitag, den 1. September: Gewerkschaftsklub im Zimmer 2. Les- und Diskussionsklub. Abends 8 1/2 Uhr im Zimmer 5. Sonnabend, den 2. September: Steinsteher. Stiftungsfest. Sozialdemokratischer Verein Breslau. Achtung, Bezirksführer! Die Abrechnung über den Monat August ist Montag, den 28. August, abends 8 Uhr, in den Distriktslokalen. Die Kontrollfakten und die unverkauften Beitragsmarken sind mitzubringen. Der Vorstand. Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land-)Neumarkt. Die Vorstandssitzung muß umfändelhalber Freitag, den 1. September, abends 7 Uhr, im Parteisekretariat abgehalten werden.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Organisation der Sozialdemokratischen Partei für die Reichstagswahl. Die Ortsverwaltung. Die Ortsverwaltung. Die Ortsverwaltung.

12. Generalversammlung der Böttcher.

Dresden, den 22. August 1911.

Zweiter Verhandlungstag.

Seit die gestern bereits begonnene Diskussion über die Vorstandsberichte fortgesetzt. Die Mehrzahl der Redner sprach aus, daß zwar die Mitgliederzunahme durchaus nicht so vor drei Jahren gehegten Erwartungen entspricht, — und in Versammlungen und Presse kommt die Missbilligung darüber auch zum Ausdruck — sie stimmen aber dem Vorstand darin zu, daß dieser Mißerfolg in den Verhältnissen selbst begründet liegt. (Schlechte Weinernte, Branntwein, Rezessionsreform, Krise.) Wenn man diese ganzen widrigen Verhältnisse in Betracht zieht, dann muß man sagen, daß man, wenn auch nicht mit der Mitgliederzunahme, aber doch mit dem Erfolg auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchaus zufrieden sein kann. (Sehr richtig!) Das müsse besonders auch bei der Berücksichtigung in den Fiskalen hervorgehoben werden. Man dürfe dort mit vollem Recht ausführen, daß sich die Anstellung der Gauleiter bewahrt hat. Es darf darauf hingewiesen werden, daß ohne diese Anstellungen vielleicht sogar ein Mitgliederverlust eingetreten wäre. Ferner müsse notwendigerweise die Statistik weiter gepflegt und ausgebaut werden, und ebenfalls müsse das Material über die Erfolge und Errungenschaften des Verbandes in regelmäßigen Berichten veröffentlicht werden, wenn nicht mit Hilfe der Zusammenfassung einer Hilfskraft in den Gauverbänden.

In dem hier stizierten Sinne zog sich die sehr ausgedehnte Diskussion im allgemeinen hin. Im großen und ganzen erkannten alle Redner an, daß Vorstand und Funktionäre alles geleistet hätten, was den Verhältnissen entsprechend zu leisten war. Die verhältnismäßig stärkste Unzufriedenheit mit der numerischen Entwicklung brachte Schreyer-Samburg zum Ausdruck. Zwar wollte auch er den Funktionären nicht die Schuld beimessen, aber er bedauerte, daß aus den Tatsachen eben hervorgehe, daß die Gauleiter überhaupt nicht den erhofften Nutzen für die Verbandsbewegung haben können; das gleiche — mit dem so sehr gesteigerten Unterstützungswesen der Fall. — Eine ziemlich Anzahl der Redner machte die ihrer Ansicht nach gelegentlich zu persönliche Schreyer-Samburg des Nachorgans zum Gegenstand ihrer Kritik. Hier war es besonders Umland-Samburg, der, indem er zugleich für das Recht einer längeren Rededzeit sich plädierte, in eingehenden Ausführungen auf einen in zwei Nummern des Nachorgans erschienenen Artikel einzugehen suchte. Es handelt sich um den bekannten Artikel des Korrespondenzblattes, in welchem in der Erwiderung auf den Pannekoek'schen Standpunkt Pannekoek's persönliche materielle Verhältnisse herangezogen wurden. Nachdem circa 40 Redner gesprochen, und die Diskussion durch Erhöhung der Rednerliste zu Ende. Im Schlußwort zum Winkelmann in sehr scharfer Weise gegen Pannekoek und die von ihm vertretenen Grundzüge vor. Auf das Verlangen aus der Versammlung heraus verzichtete W. aber auf die ausführliche Darlegung seiner gesamten Argumente. Zum Schluß betonte er noch einmal, der Vorstand habe sich in der Pannekoek-Angelegenheit in beachtlicher Abwehr befunden. Wenn derartige „Verfälschungen“ (K. Red. d. V.) Angriffe in Zukunft wieder von W. ausgehen, werde der Vorstand es sich nicht nehmen lassen, sie wenn nötig in der nächsten Welle zurückzuweisen. Nach Schlußworten des Referenten, des Redakteurs und des Ausschussvorsitzenden, und verschiedenen persönlichen Bemerkungen wurde dem Vorstand einstimmig die Charge erteilt. Kann werden eine Reihe belangloser Anträge angenommen.

In der Nachmittags Sitzung hielt der Delegierte, Parteilose Seel-Mainz einen mit großem Fleiß ausgearbeiteten Vortrag über das Thema: „Unsere Stellung zum Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verband“. Zu dieser Frage haben die Fiskalen Lanau, Dresden, Gaffel, Weidewitz, Ludwigschafen, sodann die Vornahme einer Abstimmung beantragt. Fällt dieselbe lebhaft aus, dann soll der Vorstand mit dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und mit dem Sozialarbeiterverband Verhandlungen anbahnen. Samburg und Altona beantragten die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung von Anschließungsverhandlungen: Danzig, Hirschberg, Landau, München, Potsdam, Stettin, Würzburg, Weidingsfeld haben den Antrag eingelegt, alle Anträge auf Verschmelzung abzulehnen. Der Referent bewilligte eine Resolution, welche ausdrückt, daß der Verbandstag die Zeit zu einer Verschmelzung noch nicht für gekommen erachtet. — Der Kollege Umland-Samburg wurde als Korreferent betrachtet und ihm freie Redezeit gewährt. Am Mittwoch wird die Diskussion fortgesetzt.

Dritter Verhandlungstag.

Seit die Diskussion wurde, nachdem 28 Diskussionredner gesprochen, die Debatte über den Punkt: „Unsere Stellung zum Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verband“ durch Schlußantrag zu Ende geführt. Die ganze Debatte drehte sich fast ausschließlich um die Verschmelzungsfrage, und es wurden in sehr sachlicher Weise die Momente erörtert, die für und gegen eine Verschmelzung sprechen. Die Rednerliste wurde in der Weise geführt, daß abwechselnd ein Redner für und einer gegen die Verschmelzung das Wort erhielt. Im allgemeinen wurde von den Befürwortern der Verschmelzung nur der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband als verschmelzungsgünstigste Organisation bezeichnet, für den Anschließ an den Holz- oder Fabrikarbeiter-Verband, die ebenfalls genannt wurden, machte sich fast keine Stimmung bemerkbar. Silber-Schmidt, der Vertreter der General-Kommission, der unter großer Aufmerksamkeit den Vorträgen nachging, die nach seiner Meinung die Frage der Verschmelzung im Böttcherverband gleichwie in manchen anderen engeren Berufsverbänden, nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden lasse, kam zu dem Schluß, daß gegenwärtig die Notwendigkeit zu einer Verschmelzung noch nicht gegeben sei.

In namentlicher Abstimmung wurde mit 27 gegen 15 Stimmen die folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Wiederanbahnung der Verschmelzungsfrage seitens verschiedener Verbände, wie auch einer Anzahl Kollegen, erfolgt mit dem Hinweis, daß durch die Anschließung an eine größere Organisation sowohl eine reichere Mitgliederzunahme als auch eine bessere und erfolgreichere Durchführung der Lohnbewegungen zu erwarten sei.“

Nach reichlicher und gewissenhafter Prüfung aller in Frage kommenden Momente in Bezug auf Agitation, Lohnbewegung, Unterstützungswesen und der allgemeinen Verbandsbeziehungen kommen die Delegierten jedoch zu der Überzeugung, daß zu einer Verschmelzung mit einem anderen Verband und damit zur Aufgabe der Selbstständigkeit zwingende Gründe zur Zeit nicht vorliegen. Wohl aber besteht durch die überaus verschlepperte Berufslieferung und Arbeitsweise, im Böttcher- und Mühlenarbeiter-Verband, die Gefahr, daß ein geschlossener Uebertritt nicht statt-fände und dadurch eine Berufsorganisation, welche seit 25 Jahren erfolgreich die Interessen der Kollegen vertritt, auseinandergerissen würde.

Da aber hierüber noch keine Klarheit besteht, vertritt sich die Delegierten die Frage der Verschmelzung in den Verhandlungen eingehend zur Diskussion zu stellen, damit alsdann eine der nächsten Generalversammlungen zur Verschmelzung ernannt werden kann. Damit war der Punkt erledigt. Die Verhandlungen wurden am Donnerstag vertagt.

Dresden, 25. August 1911.

Fünfter Verhandlungstag.

Der Verbandstag nahm zunächst den Bericht der Statutenberathungskommission (Referent Umland-Samburg) entgegen. Nach einer Diskussion, die den ganzen Vormittag in Anspruch nahm, wurden in einer prinzipiellen Abstimmung und stets gegen eine geringe Anzahl Stimmen folgende Neuerungen abgelehnt: erstens die Erhöhung der Beiträge, zweitens die Klassifizierung der Beiträge, drittens der Ertrag der Mitgliedsbeiträge bei gewissen Anlässen, viertens die Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung, fünftens die Erhöhung der Kranken-Unterstützung, sechstens die Erweiterung der Unterstützungsfähigkeit in vorerwähnten Fällen von Erwerbslosentzügen. In Konsequenz dieser prinzipiellen Beschlüsse waren die meisten der vorliegenden Anträge gegenstandslos geworden und am Beitragswesen wurden keine, am Unterstützungswesen nur ganz geringfügige Veränderungen getroffen. Der Satz im Statut, daß bei Wiederaufnahme ausgetretener oder ausgeschlossener Mitglieder von ihnen statt 50 Pf. 1 Mark Eintrittsgeld erhoben werden soll, wurde gestrichen. Zur Reiseunterstützung wurde bestimmt, daß in Zukunft ein Mitglied ausgereistert ist, wenn es in 72 Wochen, anstatt bisher in 52 Wochen, die statutarische Unterstützung erhalten hat. Weiter wurde beschlossen, Mitglieder, welche wegen Arbeitsmangel oder vorzunehmender Reparaturen ausreisen müssen, ebenfalls die Erwerbslosen-Unterstützung zu gewähren, das heißt unter Zumeinhaltung der statutarischen dreitägigen Karenzzeit. Mitglieder, die wegen Abwesenheit von Verbandsinteressen gemäß Regel werden,

erhalten die Streikunterstützung bis zu fünf Wochen, dann tritt die Erwerbslosenunterstützung ein. Ob eine Maßregelung vorliegt, entscheidet auf Antrag der Ortsverwaltung der Zentral-Vorstand. Bei Sterbefällen erhalten in Zukunft auch die Hinterbliebenen der lebenden Mitglieder die statutarische Sterbenunterstützung, falls Bedürftigkeit bei den Hinterbliebenen vorliegt. Die Streikunterstützung wurde insoweit erhöht, daß für jedes Kind pro Woche 1 Mark anstatt wie bisher 50 Pfennige gezahlt werden. Der Höchstbetrag der Streikunterstützung wurde von 18 auf 21 Mark erhöht.

Dann erfolgten noch einige Änderungen am Statut. Element und anderen Bestimmungen, die meistens nur eine klarere redaktionelle Fassung herbeiführten. In Bezug auf die Lokalverwaltungen wurde beschlossen: „In einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet oder für mehrere Orte, welche unmittelbar zusammenhängen, sollen Einrichtungen getroffen werden, um auf dem Gebiete der Organisation, der Arbeitsvermittlung, der Leitung von Lohnbewegungen und Streiks ein gemeinsames Zusammenarbeiten zu ermöglichen. Kann unter den Zustellen keine Einigung herbeigeführt werden, so ist der Verbandsvorstand auf Antrag einer Zahlstelle verpflichtet, eine Einigung herbeizuführen.“ In Bezug auf die Verbandstage lautet ein Beschluß: „Verbandsvorstand, Ausschuss, Pressekommmission, sowie Gauleiter haben auf dem Verbandstage kein Stimmrecht, sofern sie nicht als Delegierte gewählt sind. Bezüglich Ausgeschlossenener aus dem Verband wurde verfügt, daß solche nur mit Zustimmung des Hauptvorstandes wieder aufgenommen werden. Hat ein ausgeschlossener ohne Zustimmung des Hauptvorstandes seine Wiederaufnahme erwirkt, so steht demselben kein Recht oder Anspruch an den Verband zu. — Soweit die wichtigsten der getroffenen Änderungen.“

Dann brachte die Kommission einen Antrag auf Erhöhung des Gehalts der Verbandsangestellten ein. Bis jetzt bezogen die Hauptvorstandsmitglieder ein Anfangsgehalt von 2100, steigend bis 2300 Mark, die Gauleiter ein solches von 2100, steigend bis 2300 Mark. Zwei Gehälter wurden nach einer längeren Debatte und in namentlicher Abstimmung gemäß dem Vorschlage der Kommission auf 2400 Mark Anfangs- und 2700 Mark Höchstbetrag gestellt bei einer jährlichen Steigerung von 100 Mark. Die jährlichen Gehälter der Beamten wurden von 8 auf 14 Tage verlängert. Bezüglich der Besoldung der Ortsbeamten sprach der Verbandstag die Erwartung aus, daß die in Betracht kommenden Zahlstellen sich diesen Beschlüssen anschließen werden. Der Vorstand wird sich mit einem diesbezüglichen Schriftstück an die betreffenden Zahlstellen wenden und sich darüber schlüssig werden, die den Ortsverwaltungen bewilligten Gehaltssteigerungen, wenn nötig, aus der Zentralkasse zu bestreiten.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Winkelmann ließ die Veranungen Revue passieren, spornete zu begeisterter Weiterarbeit an und schloß den Verbandstag mit einem Dank an die Dresdener und einem dreifachen Do- auf den Verband.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Sterblichkeitsverhältnisse in Schlesien.

Im zweiten Vierteljahr 1911 stellten sich in den schlesischen Orten mit einer Bevölkerung von mehr als 15 000 Einwohnern die Sterbeziffern, auf 1000 Einwohner und das Jahr berechnet, in nachstehender Reihenfolge: Laurahütte 14, Kattowitz 15, Biele, Glogau 16, Görlitz Glemzig, Glatz, Grünberg, Riegnitz 17, Königshütte, Myslowitz, Neisse, Oppeln, Boguslawitz 18, Breslau, Beuthen, Schweidnitz, Reichenbach 19, Bismarckhütte, Schwientochlowitz, Siemianowitz 20, Pirchberg, Neustadt, Lipine, Zabrze 21, Ratibor, Altmasser, Zabrze 22, Waldenburg 24, Bunzlau 26, Langenbielau 31. Gegen das vorangegangene Vierteljahr zeigten stärkere Zunahme Bunzlau und Langenbielau, Abnahme Reichenbach und Boguslawitz. Die Zahl der im ersten Lebensjahre gestorbenen Kinder betrug: in Breslau 644, Königshütte 153, Zabrze 144, Glemzig 109, Beuthen 98, Riegnitz 61, Langenbielau 75, Görlitz 67, Altmasser 61, Schwientochlowitz 50, Ratibor 69, Zabrze 55, Bismarckhütte 53, Oppeln 52, Kattowitz 44, Boguslawitz 41, Lipine 36, Grünberg 29, Siemianowitz 29, Briege 28, Waldenburg 27, Bunzlau 25, Schweidnitz 25, Neustadt 24, Neisse 22, Myslowitz 21, Glogau 20, Laurahütte 19, Reichenbach 18, Glatz 16, Pirchberg 13. Gegen das vorangegangene Vierteljahr zeigte die Kindersterblichkeit eine stärkere Zunahme in Breslau, Bunzlau, Glemzig, Königshütte, Neustadt, Ratibor, Zabrze, Schwientochlowitz und besonders stark in Langenbielau; eine stärkere Abnahme in Reichenbach, Bismarckhütte, Laurahütte.

Aus aller Welt.

Der erste Frauenrechtler im persischen Parlament. Das Frauenstimmrecht hat nun auch im persischen Parlament seinen Vorkämpfer gefunden. Der Erfolg, den der kühne Neuerer zu verzeichnen hatte, war allerdings etwas eigenartig und von dem Redner selbst wohl nicht vorausgesehen worden. In der „Times“ findet sich eine genaue Schilderung des denkwürdigen Ereignisses. Das Parlament beriet gerade über die Vorbereitungen zu den kommenden verfassungsmäßigen Wahlen, als sich unerwartet der Abgeordnete von Hamadan, Dabachi Wakkil Noog, zum Wort meldete und eine leidenschaftliche Rede für das Frauenstimmrecht hielt. Eine Woge des Entsetzens ging durch die Reihen der wackeren Volksvertreter, als Dabachi ruhigweg erklärte, die Frauen besäßen eine Seele und Reden und sollten daher auch mitreden und mitwählen. Voll Eifer forderte dieser Frauenfreund die Unterstützung der Gesetzgebung. Aber da kam er schlecht an. Der oberste Vertreter der Ulema erhob sich und erklärte, nie im Leben seien seine Ohren durch so schamlose Neugierungen beleidigt worden. In wider Aufregung sprach der wackerer mohammedanische Wortsmann den Frauen sowohl die Seele als alle Rechte ab und erklärte, daß solche Leuten das Ende des Islams bedeuten würden. Schließlich erhob sich der Präsident des Parlamentes und forderte die Christen auf, in ihren Berichten diesen entwürdigenden Zwischenfall zu unterdrücken, damit keine Erinnerung an ihn die ruhmvolle Chronik des persischen Parlamentes beflecke. Mit sichtlichem Erleichterungsbewusstsein die Abgeordneten diesen Vorschlag, und schließlich ging man zur Beratung weniger aufregenden Fragen über.

Damenturnen ist unfittlich! Im letzten Sonntag veranstaltete der Versicherungsverein von Vallenbar ein Sommerfest, verbunden mit einem Kornkulentag. Der Ueberflus sollte für Ruheplätze im Walde veranlaßt werden. Sämtliche Vereine hatten ihre Mitwirkung versprochen. Der hiesige Turnverein sagte die Ausführung einer Damenrunde zu. Da kam die hiesige Geistlichkeit und stellte dem Festkomitee die Bedingung: entweder unterbleibt das Turnen der Damenrunde, oder der Arbeiter-, Gesellen- und der Junglingsverein machen nicht mit. Auf diese Weise wollten die geistlichen Herren dem Festkomitee ihren Willen aufzwingen. Das Komitee hatte aber das nötige Rückgrat und verzichtete lieber auf die katholischen Vereine. Darüber herrschte natürlich helle Erregung in Lager d. Schwarzen, und sie machten durch folgendes Rundschreiben ihre Mitglieder mobil:

An die Mitglieder des katholischen Arbeitervereins!

In der Versammlung vom 20. Juli wurde beschlossen, die Einladung des Herrn Bürgermeisters F. A. des Verkehrsvereins zum Sommerfest am nächsten Sonntag Folge zu leisten, insbesondere an dem Festzuge teilzunehmen. Es war mir damals noch nicht bekannt, daß dort Vorführungen der Damenriege des Turnvereins stattfinden sollen. Es wird Ihnen bekannt sein, daß die Pfarreiunfähigkeit mit vielen ernstgemeinten Männern einen ablehnenden Standpunkt gegen die Damenriege in Verbindung mit dem Turnverein einnimmt, und zwar wegen der sittlich-religiösen Gefahren, die dadurch für unsere Jugend heraufbeschworen werden. In maßgebender Stelle ist unser Standpunkt seit dem 12. August 1910 bekannt. Wenn man nun jetzt trotz dieser Kenntnis und einläßt, diesen Veranstaltungsbewegungen beizutreten, so müssen wir uns das verbiten. Eine persönliche Besprechung hat noch mehr zur Opposition gereizt. Darum hat unser Vorstand beschlossen, der Verein solle an der Veranstaltung nicht teilnehmen. Ich bringe diesen Beschluß zu Ihrer Kenntnis. Die Versammlung am 20. August wird Ihnen über die tiefsten Gründe der Absage näheren Aufschluß geben. Mit dem Arbeiterklub

F. Weidow, Apt., Präses.
Außerdem wurde noch am Sonntag in der Predigt gegen die Damenriege losgewettert. Dabei sehen die Mädchen der Damenriege in sehr gutem Rufe. Wie trostlos muß es doch mit der „Moral“ im katholischen Lager aussehen, wenn die Geistlichkeit schon das Auftreten einiger Turnerinnen nicht mehr ertragen kann. Solche Verirrungen lassen sich nur so erklären: In der Oberbehörde tut sich der hochwürdige Herr von Biele in viel Schmutz auf, daß sie alle Welt für so verdammt halten, wie diejenigen, die nach außen von frommer Sittlichkeit trüben, im Innern aber von moralischem Schmutz strotzen.

Der Kaplan als Sittlichkeitswächter. Aus Steißlingen in Baden wurde dieser Tage berichtet, daß dort der Pfarrer ein Mädchen, das bei der großen Hitze eine leicht durchbrochene Bluse trug, mit dem Pedanten aus dem Reichthum gewarnt habe, sie möge erst nach Hause gehen und sich anständig anziehen. Das ist noch gar nichts gegenüber einem Vorfall, der sich dieser Tage auf dem Gichsfeld ereignete. Es wird von dort berichtet: Ein 18-jähriges Mädchen aus einem Dorfe in der Nähe von Ahrensbach war einige Monate in Göttingen gewesen, um sich im Haushalt, Nähen usw. auszubilden und hatte dadurch etwas häßliche Manieren angenommen. Als sie nun wieder nach ihrem Heimatdörfchen zurückkehrte, erreichte sie durch ihr ständiges Aussehen das größte Misfallen

des Ortskaplans, der sie deshalb auf offener Straße anhielt, sie zur Rede stellte und ihr heftige Vorwürfe machte, da sie eine unfittliche Bluse trage, und eine unanständige Bluse trage. Das junge Mädchen trug eine leichte Bluse mit sogenannter harter Waffe und hatte ihr Haar hochgesteckt und etwas gekräuselt. Beides bezeichnete der Kaplan als unfittlich und unanständig. Im Interesse ihres Seelenheils solle sie sich „anständig“ anziehen und solle das Haar schlicht und glatt tragen, wie sich das für ein Christenmädchen gehöre. Der Pfarrer kam aber diesmal an die Unrechte, denn das junge Mädchen war in Göttingen doch etwas aufgefällter geworden; sie drehte dem Kaplan den Rücken und ließ ihn verduht stehen. Aber sie hatte die Rechnung ohne den Kaplan gemacht, denn als sie am nächsten Sonntag mit dem Put zur Kirche kam, schickte sie der Pfarrer wieder nach Hause, damit sie eine der Reiche würdige Kopfbedeckung aufsetzen solle. Die übrigen jungen Mädchen kommen nämlich dort mit einem schwarzen Kopftuche zur Kirche, und der Kaplan sorgt dafür, daß keine wider den Stachel löst. Aber es geht noch weiter. Als neulich in dem Dörfchen der Kriegerverein sein Stiftungsfest feierte, wozu acht Mann der Göttinger Militärkapelle aufspielten, gebot er um 10 Uhr Feierabend. Die Göttinger Musiker waren nicht wenig erstaunt, daß sie sobald wieder abreisen konnten. Die Krieger und die Jugend murkten zwar, aber ein katholischer Pfarrer auf dem Gichsfelde ist beinahe admanig — und die Beschränkung seiner Schafe fast grenzenlos.

Seitens.

Ein zeitgemäßes Wortspiel hört man, laut „N. N.“, an der klassischen Stätte elässischen Weines, in Rappoltweiler, „essen Ritterlei“ zu den berühmtesten Marken im Lande gehört. Ein Fremder wandert durch die Weinberge und bemerkt einen Weinbergwächter in seiner dem Fremden ungewohnten Uniform. Auf die Frage, was das für ein seltsamer Beamter sei, erwidert ihm ein Witzbold, daß er keinen gewöhnlichen Sterblichen vor sich sehe, denn dieser Mann habe während der letzten Wozokoverhandlungen eine große Rolle gespielt. „Nicht möglich!“ antwortete der Fremde mit einem misrautischen Blick auf den Weinbergwächter, „wer ist es denn?“ — „Es hat sich d'r Ritterle-Wächter!“ meinte lachend der Mann von Rappoltweiler.

Wahrung. Aus einem Herrenmodegepäck ging folgende Mahnung ab: „Vom Jahre 1608 ist noch immer Ihre Hofe offen. Wir bitten um baldige Erledigung.“

Zum Waiseneinsturz in Wien.

Nach den angestellten Ermittlungen hat sich der von einem polnischen Waisenzustellungsamt gemeldete Einsturz in Wien, bei dem 82 Personen verstorben sind, nicht in Wien, sondern in Warschau im Gouvernament Petrikau in Russisch-Polen.

Nach einer anderen Behauptung war die Falschmeldung auf die niedrige Gefinnung eines Individuums zurückzuführen, das sie in die Berliner und auswärtigen Zeitungen gebracht hat.

Wanzen. 27. August. Weil er protestantisch wurde! — so betitelt sich ein Artikel im „Kriegs Tageblatt“, der sich mit dem Leichenbegängnis unseres kürzlich verstorbenen Bürgermeisters beschäftigt. Das Blatt schreibt:

„Das Unkraut der Welt Lohn ist, ist eine Waisenzucht. Die keiner neuerlichen Bestätigung bedarf. Aus Wanzen wird heute ein Vorfall berichtet, der uns so bitter empfunden werden wird, als es sich um das letzte Ehrengeleit eines Mannes handelt, der sich um das Wohlleben der Stadt Wien durch jahrelange Tätigkeit reiches Verdienst erworben hat. Es handelt sich um den dieser Tage in Wien verstorbenen Bürgermeisters Horn. Dem Sarge des Verbliebenen, der lang- und klanglos in die Grube geleitet wurde, folgte außer seinen Anverwandten und einigen persönlichen Freunden niemand, so daß den Augenzeugen berechtigter Zweifel darüber aufstiegen, ob es sich hier wirklich um die Beerdigung eines Stadtoberhauptes handelte. Einem Ausgesprochenen aus der menschlichen Gesellschaft hätte man kein freudvolles Begräbnis zuteil werden lassen. Keiner der verschiedenen Waisener Vereine hielt es für nötig, Gefolgschaft zu leisten. Und warum wurde diesem Manne nach seinem Tode die letzte Ehre verweigert? — Weil er das himmelstreichende Unrecht beging, weil er aus Liebe zu seiner Frau und seinen Kindern, sowie aus Wunsch seiner nächsten Anverwandten und aus eigener Ueberzeugung kurz vor seinem Tode protestantisch wurde.“

Man mag über das Wollen des Bürgermeisters auch anderer Meinung sein, eins steht jedenfalls fest: ein ehrenwürdiges Begräbnis hätte ihm zuzulassen müssen. Die Bevölkerung Wiens war und ist sonst immer auf den Weinen, wenn es sich um ähnliche Dinge handelt. Aber der Verstorbene war ein Mann, der seiner Ueberzeugung lebte und das war es gerade, was ihm den Haß der Katholiken eintrug, einen Haß, der selbst nach dem Tode nicht ruhte, was man sonst nur bei gänzlich geschloffenen Menschen kann. Der ganze Vorfall zeigte wieder so deutlich, was die heutigen Christen aus den Lehren des Stifter ihrer Religion gemacht haben, nämlich ein elendes Gerbölz, von dem sich denkende und gerecht fühlende Menschen abwenden müssen. Die gleiche Gesellschaft, die Haß und Verachtung selbst über den Tod hinaus lehrt, mag der Sozialdemokratie vorzuziehen, sie geröhre die Religion. Nun, mögen sie immer weiter ihren Samen säen, die Ernte wird nicht ausbleiben!

Wanzen. 28. August. Großfeuer. Freitag abend brannten in Döblich bei Wien die Wohnungen von Schönfelder und Gmde nieder. Das Feuer entstand im Wohnhaus von Gmde, griff auf das dicht anliegende, mit Schoben gedeckte Wohnhaus von Schönfelder über und legte beide Anwesen in Asche. Vieh und Mobiliar konnte zum größten Teil gerettet werden. Man vermutet böswillige Brandstiftung.

Schweiditz. 28. August. Im Scherz erschossen. Im benachbarten Seiffersdorf ergriffen sich ein tragischer Unfall. Der 15jährige Sohn des Gutsbesizers Weyrauch hatte von seinem Vater den Auftrag erhalten, ein Jagdgewehr zu reinigen. Der junge Mann beachtete aber nicht, daß noch eine Kugel im Lauf steckte. Er legte das Gewehr im Scherz auf das in der Nähe stehende 17jährige Dienstmädchen an. Pflöchtig krachte ein Schuß und das Mädchen brach, durch das Herz getroffen, tot zusammen.

Reinerz. 28. August. Verhaftung. Die Verhaftung eines internationalen Hoteldiebes ist hier erfolgt. Ein elegant gekleideter Fremder, der sich unter dem sicher wohl falschen Namen „Lurlos“ in die Kurliste eingetragen hatte, drang Donnerstag nachts im Parkhotel in das Zimmer des Kurgastes Dr. med. Grodzjenski aus Warschau, der schon im tiefen Schlafe lag, ein. Eben hatte er das Portemonnaie mit 100 Mk. in russischem Gelde an sich genommen, als Dr. Grodzjenski erwachte und Alarm schlug. Darauf sprang der Eindringling tollkühn durch das Balkenfenster ins Freie und entkam trotz sofortiger Verfolgung. Der Verhaftete hat ihn aber herabgesehen erkannt, daß er am nächsten Tage verhaftet werden konnte. Das gestohlene Portemonnaie befand sich, in einem Strumpf verborgen, im seinem Besitz. Wie festgestellt wurde, hat der Verhaftete in den Hotels „Schwarzer Hahn“ und „Germania“ auch Doppeltüren verurteilt.

Wien. 28. August. Der hereingefallene Protestler. In einem Dörfle des Hirsberger Kreises sollte eine nach dem Nachbarkorte geplante Schanze u. a. auch dem Zuge eines Waldweges folgen, der einem wohlhabenden Bauern gehörte. Der Besitzer weigerte sich, auf das gungswige Eingehen des Schanzeverbandes einzugehen, das ihm für das etwa 1 Morgen große, abzutretende Stück Land 3000 Mk. geboten hätte. Er ließ es vielmehr auf die Entscheidung der Enteignungskommission ankommen. Diese bemerkte jetzt den verzweigten Vortag mit — 500 Mk.

Wien. 28. August. Festtage der Teutischen Turner. Unter hehrlich schillerndem Betheilung der Turner und der Kamerader Einweihung fand am Sonntag hier ein Jubelfest des Teutischen Turnvereins, verbunden mit einem Kampftag, statt. Wir würden von diesem Festzuge, dessen keine Notiz nehmen, wenn nicht einige Nebenbemerkungen wert wären, dem Festzuge eintritt zu werden. Das die Turner selbstverständlich alles erlangen erhalten haben, was uns verbietet, ist, ist nur nebenbei gesagt. Die Festtage hatten in Stadt-herausgeber-Sitzungstag Platz genommen und vor dem Stadthaus fand auch die offizielle Begrüßung statt, über die das Lokalblatt in eingehender Weise berichtet. Die Begrüßung, die des Stadthauspräsidenten Namen wir übergeben, da sie ein Beispiel dafür, was dem jeder, ganz gleich welcher Partei er angehört, noch unterzeichnen kann. Das unter Rängenführer oder des Kriegesbedeutung und gegen die Kraft und Kraft des Friedens, Rede um jeden Preis“ betonen, hätten wir nicht erwartet. Dem Regel nach ein leibhaftiger Protest, Billigung mit Worten, ab. Nach Aufstellung aller der Programme, die von Regierungstheorie den Frauen deutschen Turnvereinen hingewiesen worden sind, kam es auch auf die Arbeiter-Turnvereine zu sprechen. Seine Ausführungen begannen mit dem Hinweis, daß ein Teil der Volksgenossen ihre Klagen und Stillschweigen über das Wohl des Vaterlandes stellen. Der alte Jahra würde sich im Großen und Kleinen, er würde sich mit Geld und Bezahlung (wie geschah) (D. B.) von den Turnern abgeben, die für die Befreiung einer internationalen Republik einzutreten, die viele höher als Schlichter erwarten. Die das vordringliche hier als eine Art Internationalismus hingewiesen und die noch überdies in belästigendsten Stolz und Reibtheit Angehörige fremder Völker als Schlichter werden und dem eigenen Vaterlande durch geschickte Angriffe in der Presse und ungeschickte Forderungen in den Medien stellen. Das alle würde den Turnern nicht nur ein Teil des Leibes, sondern auch ein Teil der Seele werden lassen, sich im Grunde zu werden. Wir wollen uns nicht mit einem Protest befassen. Nicht der alte Jahra ist im Grunde ein, kann ihnen nur ihr Leben nicht hindern. Der Zweck unserer Bewegung ist, daß, wenn wir, wie der Protest, als Mitglieder unserer Bewegung genügt hätten (ob er gebot, ob nicht, ob nicht), so würden wir nicht das hier nicht als eine Art Internationalismus betrachten. Und wenn wir jetzt nur auf dem Festtag über den Festtag reden zu hätten, hätten wir nicht nur ein Teil des Leibes, sondern auch ein Teil der Seele werden lassen.

Wieder opern müssen, dann können wir dieselben ebenfalls sprechen, wie der Herr Professor und Zahnarzt Wölling aus Wien. Im übrigen trifft auch hier das Sprichwort zu: „Viel Feind, viel Ehr“. Wenn es auch zweifelhaft ist, ob das Gerüchtlagen mit Herrn Professor Wölling eine Ehre ist, so bieten wir es doch für zweckmäßig, zu Nutz und Frommen der Arbeiter diese Mitleidenschaft zusammenzustellen. Noch sind eine ganze Anzahl Arbeiter Mitglieder der deutschen Turnvereine. Ihnen zu zeigen, wie in diesen „unpolitischen“ Vereinen ihre Ansehen beschützt und mit Fort behauptet werden, das ist die Pflicht dieser Zeilen. Ein ehrlicher Arbeiter kann nicht Mitglied solcher Turnvereine sein.

Goldberg. 24. August. Gewerkschaftsfest. Unter künstlicher Witterung fand am Sonntag das Gewerkschaftsfest statt. Zahlreich hatten sich die Genossen mit ihren Familien eingefunden und da für verschiedene Luftballons gefordert war, konnte sich jeder auf seine Weise amüsieren. Viel zum Gelingen des Festes trugen der Arbeitervereine und der Frauengruppe bei, die durch einige Freiheitslieder die Anwesenden erfreuten. Bei anbrechender Dunkelheit marschierten mit Lampen die Kinder zur Stadt zurück, wo sie sich mit einem Doch auf das Gewerkschaftsfest vor dem Rathaus trennten, was unseren Herren Ewiefern wieder mal unangenehm in den Ohren klingen haben wird. Im ganzen können wir mit unserem Fest zufrieden sein, nur wäre es erwünscht, daß bei späteren Festen und Versammlungen uns größere Lokalitäten zur Verfügung ständen.

Glogau. 28. August. Wollt Ihr Schweine zurück! So schlangte der Unteroffizier Langner seine Leute von der 2. Komp. des Grenadier-Regiments Nr. 7 in Pleschitz am 4. August bei einer größeren Feldübungsübung an. Sie hatten nach einem Ausschweifen nicht gleich die vorchristliche Auffassung angenommen. In seiner Wut ließ der vor der Front stehende Unteroffizier mit dem Gewehr in die hinter ihm liegende Mannschaft, wobei der Grenadier Müller mit dem Kolben in den Unterleib getroffen wurde, der sofort Schmerzen verspürte und sich am nächsten Morgen krank melden mußte. Wegen Beleidigung und Mißhandlung eines Untergebenen angeklagt, sprach das Kriegsgericht in Glogau den Unteroffizier frei, da er die oben zitierten Worte in der Erregung (I) gebraucht und den Stolz nach dem Unterleib des Grenadiers Müller nur aus Versehen (II) getan habe. Wenn einer von den Grenadiern in der Erregung und aus Versehen solche Ungezogenheiten fertig gebracht hätte, was wäre dann geschehen?

Deutsch-Wissa. 23. August. Gründungsfeier. Am letzten Sonntag fand hier die Gründungsfeier des Arbeiter-Turnvereins Deutsch-Wissa und Umgebung statt. An dem Umzug beteiligten sich eine große Anzahl Breslauer Turner und Turnerinnen, die Arbeiterturner von Deutsch-Wissa und Umgebung, sowie viele Gewerkschaftsmitglieder. Dem Zug, der sich nach Klein-Deitau bewegte, ging eine Musiktruppe voraus. Im Lokal „Männertänze“ angekommen, ertrug sich die Teilnehmer des Festzuges an den turnerischen Auführungen, sowie an dem veranstalteten Konzert. Das Fest nahm einen schönen Verlauf.

Rosen. 24. August. Schnapsdividenden. Die Vorkämpfer von Hartwig Kantowicz u. G. hat in ihrer Aufsichtsratsung beschlossen, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent, nach reichlichen Abschreibungen, vorzuschlagen. — In dieser hohen Dividende sind zum nicht geringen Teil auch Arbeiter Schuld, die immer noch ihr hauer verbleibendes Geld den Schnapsaktionären hintertreiben, und viele dadurch zu flehentlichen Leuten machen, während sie selber darben.

Aus Oberschlesien.

Katowitz. 28. August. Bligschlag. Bei dem am Sonnabend mittag über Katowitz und Umgebung niedergegangenen Gewitter schlug der Blitz in die Gasse in die Stallung des Bauergutsbesizers Wöllisch und stürzte den Dachstuhl ein. In Folge dessen wurden die Pferde des Besitzers Glombiza zu Tode getroffen und dieser selbst betäubt, als er in sein Geschäft einjahren wollte. In Pramen schlug der Blitz in die Scheuer des Gärtners Brinia, welche total niederbrannte.

Katowitz. 24. August. Flöchtlicher Tod. Mit seiner Mutter auf den Wiesen bei Katowitz bliesigen Kreises war der zwölfjährige Sohn des Schuhmachers Szwedlich beschäftigt und wurde von der Mutter nach Hause geschickt. Als sie von der Arbeit zurückkehrte, befand sich der Junge noch nicht daheim. Nach längerem Suchen fand man ihn als Leiche in der Brunn. Es wird angenommen, daß er ertrinkt in das Wasser gegangen und ein Herzschlag seinem Leben ein Ziel gesetzt hat.

Wien. 28. August. Stadtverordneten-Wahlkreise. In der Zeit vom 1. bis 15. September liegen die Stadtverordnetenwahlen für hundertfünfzig Wähler im Stadtdistrikt, Langestr. aus. Dort können sie im Zimmer 15 während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden. Im Stadtdistrikt Friedenshöhe sind die Listen im Verwaltungsgebäude Friedenshöhe, Bureau des Stadtverwaltungsinspektors, in gleicher Zeit eingesehen. Auch können Petitionen wegen Umänderung während dieser Zeit beim Magistrat erhoben werden. Wir eruchen unsere Parteigenossen, die Listen einzusehen, um sich davon zu überzeugen, daß Name und Wohnort richtig in der Liste eingetragen sind, um andernfalls durch das Arbeiter-sekretariat reklamieren zu lassen.

Wien. 28. August. Gewerkschaftsartikel. Die nächste Ratensitzung findet umfänglich am Mittwoch, den 31. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftslokal, Goystr. 7, statt. Die sehr wichtige Tagesordnung (Votivfrage) erfordert, daß alle Delegierte und Gewerkschaftsvertreter bestimmt und pünktlich zur Stelle sind.

Wien. 28. August. Schwere Grubenunfall. Ein schwerer Grubenunfall ereignete sich am Donnerstag den 28. August in einer Grube bei Langestr. Angefangen waren sehr heftige Regen und die Verletzung der Oberbaurat Franz Patzelt aus Wilhelmstube. Im 6. März d. Mis. hatte er auf dem Grubenfeld, wo er in Arbeit stand, drei mit dem Namen „Hans“, „Friedrich“ und „Anton“ bezeichnete Arbeiter, die letzte noch geliebene Gruppe auf die mehr als merkwürdige Art zu entlassen, indem sie die Leute an die „Kappe“ hängten. Die Folge hiervon war die, daß das über der Kappe liegende ledere Gewebe zusammenbrach und die drei Männer unter sich begrub. Einer davon, der Bauer Buchholz, wurde darauf gerettet, daß er innerhalb weniger Minuten verstarb, der Bauer Patzelt erlitt einen Bruch der Wirbelsäule und eines Armes, wobei der Bauer Poppe eine sehr schwere Rückenverletzung erlitt. Dieser mußte nahezu 4 Monate lang im Krankenhaus zubringen. Der Verletzte kam zu der Ueberzeugung, daß der Unfall, der schon 12 Jahre vergangen ist, in unvorsichtiger Weise das schwere Unglück verursacht hat und verurteilte ihn zu 2 Monaten Gefängnis.

Wien. 28. August. Rußlose Eisenbahnstrecke. Auf Grund eines Beschlusses der Industrie, namentlich der russischen Eisenbahnverwaltung, ist eine neue, über Poleische über die Eisenbahnstrecke Jauernitz-Lititz gebaut worden. Die Kosten betragen 10 Millionen Mark. Jetzt wo die Strecke eröffnet werden soll, stellt sich heraus, daß keine Güter zur Beförderung vorhanden sind. Die Beschlüsse der russischen Industrie haben sich nicht erfüllt.

Wien. 28. August. Im Berni verunglückt. Der Maler Karczewski von hier ist nach einer an seine hier wohnenden Angehörigen gelangten Meldung verunglückt in Wien bei den Arbeiten an der dortigen Synagoge infolge Abstürzes tödlich verunglückt.

Wien. 28. August. Gewerkschaftliches. Ein eigenartiger Streitfall war es, der dem Gewerbegericht Gleiwitz zur Entscheidung unterbreitet wurde. Der Arbeiter P. klagte gegen die Holzbearbeitungsfirma Ludwig Franz auf Zahlung eines Restlohnes von 26,85 Mark. Dem Kläger war bei der Firma Franz für Steuern der Lohnbetrag von 13 Mark an Pfänden, Franz teilte auch dem von der Forderung betroffenen P. nichts mit. Die Folge war, daß Franz vom Magistrat Gleiwitz verklagt wurde und nun neben den gepfändeten 13 Mk. noch 22,85 Mk. Prozehkosten zu bezahlen hatte. Bei einer später erfolgten Abrechnung zwischen P. und Franz wurden dem Kläger nunmehr vom Beklagten von seiner Forderung 13 Mk. Steuern und 22,85 Mark Kosten abgezogen. Wegen dieser 22,85 Mark Prozehkosten nebst 4 Mark Restlohn erhob P. Klage. Kläger ließ sich, da er inzwischen nach Breslau verzogen war, durch einen Bevollmächtigten vertreten. Im ersten Termin, in dem Stadtrat Krug als Vorsitzender fungierte, erwiderte es sich, daß Kläger es unterlassen hatte, seinen Prozeßbevollmächtigten ausreichend zu informieren. Kurzherab erklärte der Vorsitzende, daß Kläger wegen mangelhafter Klage 10 Mk. in die Armenkasse zahlen müsse. Dann wurde der Termin verlagert, da über den Prozeßbevollmächtigten, Genossen Schulze, erst Informationen bei der Polizeistation eingeholt werden sollten. Im zweiten Termin erschienen zum Erstaunen des Vertreters der Kläger P. selbst, da er eine Aufforderung zum persönlichen Erscheinen erhalten hatte, unter Androhung einer Ordnungsstrafe von 10 Mark für Nichterscheinen. In der Verhandlung wurde dem Kläger von dem Vorsitzenden erklärt, daß er die Unkosten der Reize von Breslau nach Gleiwitz und zurück nicht erstattet bekäme. Unter dem Druck dieser „Belehrung“ kam ein Vergleich auf 20 Mark zustande, mit Widerruf binnen zwei Tagen. Glücklicherweise widerrief P. seinen Vergleich und im dritten Termin vertrat den Kläger wieder der Genosse Schulze. Als dieser nun neben der Klage summe auch die Erstattung der durch das angeordnete persönliche Erscheinen entfallenden 14,20 Mark Kosten energetisch verteidigte, ordnete der Vorsitzende nochmals kurzherab das persönliche Erscheinen des Klägers an, unter nochmaliger Androhung von 10 Mark Ordnungsstrafe. Nachschonlich im Gefühl seiner Machtlosigkeit, erklärte der Herr Stadtrat hierbei, daß Kläger selbstverständlich die Kosten auch dieser Reize nicht bezahlt bekäme und sich dafür bei Genossen Schulze bezahlen könne, da dieser doch anscheinend sein Verzeihen sei! — Im neuen Termin am 23ten August erschien nun der Kläger freilich nicht, sondern überreichte durch seinen Vertreter eine schriftliche Erklärung, daß er es ablehne, zu erscheinen, unter Ausfertigung der Gründe hinzu. Unten: Vorst. des Herrn Untermeister Riethe ward nunmehr der Prozeß verurteilt, die Klagesumme sowie die Kosten der Reize des Klägers zum Termin am 9. August zu tragen. Weiter wurde aber gegen den Kläger wegen Nichterscheinens vor Gericht eine Strafe von 10 Mark festgesetzt. Diese Straffestsetzung gegen die P. hoffentlich Beschwerde erheben wird, mußte deshalb eigenartig an, weil Herr Bürgermeister Riethe einwangs der Verhandlung erklärte, er vertrete nicht, warum erst nach ein neuer Termin angesetzt war. Die Sache sei ganz klar und hätte schon im vorigen Termin entschieden sein können. Nun, die Arbeiter von Gleiwitz verließen auch so manches am Gewerbegericht Gleiwitz nicht. So zum Beispiel, daß es kein Statut besitzt. Ferner auf Grund welcher Bestimmung denn die Reize verurteilt werden, da seit Menschengedenken keine Gewerbegerichtssachen statgefunden haben. Trotzdem die „Vollmacht“ schon vor vier Jahren auf diese und andere Zustände hinabgeschrieben hat, ist bis heute keine Änderung eingetreten. Da der erste Vorsitzende des Gewerbegerichts, der reichliche Parteiführer Stadtrat Kochmann, zurück ist, wird er uns diese Fragen wohl unüberantworten können.

Wien. 28. August. Sozialdemokratischer Verein. Dienstag, den 29. August, abends 8 Uhr im Gewerkschaftslokal, Ringstr. 3: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung, darunter ein Vortrag des Genossen D. S. über die lokalen Ursachen des Verberbens. Zahlreicher Besuch ist erforderlich. Mitgliedsbuch legitimiert.

Wien. 28. August. Lysol statt Alkohol. Lysol statt Alkohol trank der Arbeiter Kolodziej in der Trunkenheit, als er einem Gast zu Ehren nach der Schnapsflasche griff. Er büßt seine Unvorsichtigkeit im städtischen Krankenhaus.

Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Ansuchen wird nur ausnahmsweise erteilt. F. M. R. Wegen des Schilbes, das Sie an die Hausfront anbringen wollen, brauchen Sie keine polizeiliche Erlaubnis, es sei denn, es handelt sich um ein Fahnenbild. G. Ameglich. Wenn der Wirt verlangt, daß der von Ihnen eingekaufte Weinstock stehen bleibt, so muß er Ihnen eine Entschädigung zahlen. A. B. 100, Engne. Ja, wenden Sie sich an Arbeitersekretariat. M. E. Dieses Ausbieten der Forderung, wie Sie es angeben, können wir Ihnen nicht empfehlen, da Sie dadurch gar nichts erreichen. Wenn Sie nicht ganz vorichtig sind, bekommen Sie noch eine Beleidigungsklage auf den Hals, weshalb wir Ihnen auch abraten, den Brief zu schreiben. B. 165. Ueber diese Versicherungsgesellschaft ist uns nichts Näherliegendes bekannt.

4. Quittung.
Für den Reichstagswahlfonds Breslau-Stadt gingen ein:

Bereits quittiert	476.60 Mk.
Gesammelt b. d. Bezirksführer-Abrechnung Bezirk 7	—
Michaelovsky und Körner	1.70
Kretschmer v. Stein	2.00
Balmstraße	20.00
Heberichs Sparverein „Solidarität“	4.80
G. M.	2.00
Heberichs v. d. Kranzpende Geb. Bauer u. Seidel	11.65
Degmann	4.00
Rumier	4.40
Heberichs vom Hohlleger-Ausflug	14.16
Durch die Buchhandlung der „Vollmacht“	75.00
1 Eisenbahn	—
Kranzträger bei der Beerdigung d. Gen. Haujensfeld	5.00
Veslingstraße	1.00
Gesammelt von den Kellnern des Gewerkschaftshauses	10.00
Zusammen:	627.11 Mk.

5. Quittung.
Für den Reichstagswahlfonds Breslau (Land) kamen eingegangen ein:

Bereits quittiert	447.03 Mk.
Liste 23 durch A. Grundke, Pelschlag	8.25
Liste 62 durch Stein, Reutrich	5.20
Liste 69 durch P. Siege, Köpelt	11.00
Zellerversammlung in Deutsch-Wissa, 12. 6. 11	22.76
Zellerversammlung in Schosnig	13.50
Zellerversammlung in Posten	18.00
Liste 12, Gerber Unte	9.10
a Conto Beitragsmarken a 40 Bfg.	570.90
a Conto Beitragsmarken a 20 Bfg.	75.85
Heberichs vom Langsträngen in Koslau	6.45
Zusammen:	1186.14 Mk.

Gelder für den Reichstags-Wahlfonds werden im Parteisekretariat, Neue Graupenstr. 6, N. angenommen.
Rob. Herrmann, Kassierer.

Weidet den Schnaps.